

Die Mitglieder der Niederösterreichischen Landesregierung in den Jahren 1918 bis 1997

Von *Ernst Bezemek*

Die Machtverhältnisse zwischen Zentralstaat und Ländern verschoben sich nach der Gründung der Republik Österreich 1918 zweifellos zugunsten der Länder, konnten sich doch die ehemaligen Kronländer auf revolutionärem Weg als politische Einheiten konstituieren. Von politischen Parteien besetzte provisorische Landesversammlungen einigten sich auf Verfassungen, die eine proportionale Machtverteilung vorsahen. Auch nach dem 1920 in Kraft gesetzten Bundesverfassungsgesetz (BVG) verblieben bedeutende Teile der Staatsverwaltung im Bereich der Länder. Die auf der Grundlage des BVG beschlossenen Landesverfassungen sahen mit Ausnahme von Wien und Vorarlberg die proporzmäßige Vertretung der stärksten Parteien in der Regierung vor.¹⁾ Nach den Einschnitten des Ständestaates (1934–1938) und des Nationalsozialismus (1938–1945) schloß man – die Rekonstruktion demokratischer Verhältnisse nach 1945 kann nach dem Wiener Zeithistoriker Oliver Rathkolb als „Neubeginn mit versteckten Kontinuitäten“ bezeichnet werden – an die Institutionen von 1933 an.²⁾

Die folgenden marginalen Bemerkungen versuchen erstmals eine lückenlose Dokumentation jener Persönlichkeiten, die in der niederösterreichischen Landesexekutive Verantwortung trugen. Ein biographischer Anhang, der alle demokratisch gewählten Regierungsmitglieder und die wichtigsten Stationen ihrer politischen Laufbahn vorstellt, beschließt die Darstellung.³⁾

Die Jahre des Provisoriums 1918–1921

Mit dem Gesetz über die Übernahme der Staatsgewalt in den Ländern vom 14. November 1918 wurde die Teilung der öffentlichen Verwaltung in eine staatliche und autonome aufgehoben. In der konstituierenden Sitzung der Provisori-

¹⁾ In Vorarlberg führten die Christlichsozialen gegen die Stimmen der Opposition das Majoratsprinzip ein. An der Regierung waren allerdings auch Vertreter anderer Parteien beteiligt. In Wien hatten die Sozialdemokraten 1920 die Institution der „amtsführenden Stadträte“ eingeführt. Ressortverantwortung war jedoch nur den Stadträten der eigenen Partei zugewiesen worden. Seit 1997 regiert in Wien eine SPÖ/ÖVP-Koalition.

²⁾ Die obigen Bemerkungen nach Franz FALLEND, Landesregierung und Landesverwaltung. In: Handbuch des politischen Systems. Die Zweite Republik (Wien 1995), 847–865.

³⁾ Der biographische Anhang wurde nach der verdienstvollen Arbeit von Peter F. KRAUSE, Biographisches Handbuch des NÖ Landtages und der NÖ Landesregierung 1921–1995 (Wien 1995) erstellt. Der nationalsozialistische Landesrat Josef LEOPOLD ist deswegen aufgenommen, weil er aufgrund des Landtagswahlergebnisse 1932, wenn auch nur mit den Stimmen der NS-Fraktion im Landtag, gewählt wurde. Julius KAMPITSCH wurde als Mitglied der ständestaatlichen Landesregierung in den biographischen Anhang aufgenommen.

schen Landesversammlung am 5. November 1918 erfolgte die Wahl einer neuen Landesexekutive mit dem bisherigen Oberkurator der NÖ Hypothekenanstalt Leopold von STEINER (christlichsozial) als provisorischem Landeshauptmann, dem Christlichsozialen Johann MAYER, dem Sozialdemokraten Albert SEVER und dem Deutschnationalen Karl KITTINGER als Landeshauptmannstellvertretern sowie sieben *Landesausschüssen* (entsprach dem heutigen Landesrat) – Leopold KUNSCHAK, Josef STURM, Wilhelm MIKLAS, Josef ZWETZBACHER (christlichsozial), Rudolf MÜLLER, Johann PÖLZER und Karl VOLKERT (sozialdemokratisch) –, die als *Landeskommission* für die Länder Niederösterreich und Wien verantwortlich zeichnete.⁴⁾ Die österreichische Revolution und die Abdankung des Kaisers hatten auch das Ende der Herrschaft der hartnäckig am Privilegienwahlrecht festhaltenden Honoratioren gebracht. Als ein Zugeständnis an den demokratischen Ausbau des bereits im kaiserlichen Manifest vom 16. Oktober 1918 skizzierten Bundesstaates darf eine Empfehlung der Provisorischen Nationalversammlung von Deutsch-Österreich gelten, der zufolge sich die Landesausschüsse in der Weise zu ergänzen hätten, daß auch die Arbeiterschaft eine entsprechende Vertretung habe.⁵⁾ Die nach dem allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrecht durchgeführten Landtagswahlen brachten Änderungen in der Zusammensetzung der noch für Wien und Niederösterreich gemeinsamen Landesregierung. Die Sozialdemokraten stellten als stärkste Partei mit Albert SEVER den Landeshauptmann, der Christlichsoziale Johann MAYER wurde erster Stellvertreter. Zum ersten Landeshauptmann von *Niederösterreich-Land* – die Trennung Wiens von Niederösterreich war eine Sache der Opportunität⁶⁾ – wurde am 29. Dezember 1920 der bisherige Landeshauptmannstellvertreter, der aus Bockfließ stammende Wirtschaftsbesitzer Johann MAYER (christlichsozial) gewählt. Zu seinen Stellvertretern wurden der Sozialdemokrat Franz CHRISTOPH, ein Eisenbahnbediensteter aus Maria Enzersdorf, und der Christlichsoziale Josef ZWETZBACHER, ein Mühlenbesitzer aus Stattersdorf gewählt. Weitere Mitgliedern der Landesregierung waren die Christlichsozialen Karl LIST und August SĚGUR sowie die Sozialdemokraten Karl MÜLLER und Josef PALME. Mit der Landesverfassung für Niederösterreich-Land war die frühere *Siebengliedrigkeit* der Landesverwaltung wieder hergestellt. Die Zahl der Mitglieder der Landesregierung sollte bis zum Jahr 1983 unverändert bleiben. Die politische Alltagsarbeit war rechtlichen Problemen und der Administration der alltäglichen Not gewidmet.⁷⁾

⁴⁾ Zur Gründung eines selbständigen Bundeslandes Niederösterreich vgl. Gebhard KÖNIG, Niederösterreich und Wien in den Jahren 1918/19. Ihr verfassungsrechtlicher Werdegang und ihr Beitrag zur Gründung des Staates Deutschösterreich. In: UH 52 (1981) 3–13; Georg SCHMITZ, Die Entstehung des heutigen Bundeslandes Niederösterreich. In: UH 52 (1981) 14–22.

⁵⁾ Vgl. dazu den hervorragenden Beitrag von Aloys KASTNER, Die Landesverwaltungsorgane seit 1918. In: Das Bundesland Niederösterreich 1920–1930 (Wien 1930) 45–49.

⁶⁾ Zur Trennung Wiens und Niederösterreichs vgl. Hermann RIEPL, Die Trennung Wiens von Niederösterreich vor 50 Jahren. In UH 43 (1972) 1–13, sowie Walter LUKASEDER, Die Trennung Wiens von Niederösterreich nach dem Ersten Weltkrieg (Phil. Dipl. Arb. Wien 1995), u. DERS., Zur Trennung Wiens von Niederösterreich. Die Verhandlungen zwischen Niederösterreich-Land und Wien im Jahre 1921, die Entstehung des Trennungsgesetzes und die weitere Entwicklung bis 1925. In: UH 69 (1998) 112–143.

⁷⁾ Die wohl beste Arbeit zur Geschichte Niederösterreichs in der Ersten Republik stammt von Leopold KAMMERHOFER, Niederösterreich 1918 bis 1938 (Wien 1985), auf die hier beson-

Konsenspolitik angesichts wirtschaftlicher Krisen – Die Landesregierungen 1921–1932

Die Landtagswahlen hatten den Christlichsozialen 32, den Sozialdemokraten 22 und den Großdeutschen 6 Mandate gebracht. In der personellen Zusammensetzung der Landesregierung gab es vorerst nur insofern eine Änderung, als Oskar HELMER (SDAP) Karl MÜLLER und Anton JAX (CSP) Karl List nachfolgten. Die innere Einrichtung des Behördenapparates war mit einem radikalen Personalabbau verbunden, der mit verstärkter Verwaltungsökonomie und den bekannten wirtschaftlichen Problemen der Ersten Republik begründet wurde. Noch vor Ende der Legislaturperiode 1921–1926 – wegen der Zusammenlegung mit den Nationalratswahlen wurde die Wahlperiode einmalig auf sechs Jahre erstreckt – vollzogen sich wesentliche Personalveränderungen. Am 1. Juni 1922 schied Landesrat Ségur, der als Finanzminister in die erste Regierung Seipel berufen wurde, aus. Zu seinem Nachfolger wurde am 9. Juni 1922 Dr. Rudolf BEIRER (CSP) gewählt. Wenige Tage später trat Landeshauptmann Mayer aus Gesundheitsgründen zurück. Auf diesen folgte der aus Großenzersdorf stammende Rechtsanwalt Dr. Karl BURESCH, der in den Jahren 1931/32 auch das Amt des Bundeskanzlers bekleidete.⁸⁾ Die Personalveränderungen in der ersten Wahlperiode wurden mit dem Eintritt des bedeutenden niederösterreichischen Bauernführers Josef REITHER beendet, der am 17. Februar 1925 Josef Zwetzbacher ablöste.

Eine Änderung in der personellen Zusammensetzung der niederösterreichischen Landesregierung brachten die gemeinsam mit den Nationalratswahlen durchgeführten Landtagswahlen des Jahres 1927, bei denen die Christlichsozialen mit den Großdeutschen auf einer gemeinsamen Liste kandidierten. Diese *Einheitsliste* erreichte 38 Mandate (33 CSP, 5 GD) und konnte drei Landesräte stellen, wobei ein Sitz in der Landesregierung dem Großdeutschen Dr. Viktor MITTERMANN überlassen wurde. Dieser schloß sich nach den Landtagswahlen 1932 wegen der zunehmenden Annäherung der Großdeutschen an die Nationalsozialisten den Christlichsozialen an. Die schwerwiegenden Auffassungsunterschiede zwischen den Parteien wurden unter anderem bei der Wahl der Landesregierung sichtbar, wo die einzelnen Mitglieder nur mit den Stimmen ihrer Parteien gewählt wurden. Landeshauptmann wurde wieder Dr. Karl BURESCH und Landeshauptmannstellvertreter Josef REITHER. Bei den Sozialdemokraten hatte Franz Christoph auf eine erneute Kandidatur verzichtet, so daß Oskar HELMER zum Landeshauptmannstellvertreter vorgeschlagen wurde. Neben Dr. Mittermann fungierten Dr. Leopold BARSCH und Dr. Rudolf BEIRER als Landesräte der *Einheitsliste*. Die Sozialdemokraten, die einen Regierungssitz abgeben mußten, entsandten neben Landeshauptmannstellvertreter Helmer Heinrich SCHNEIDMADL in die Regierung. Mit der Übernahme der Funktion des Bundeskanzlers schied Dr. Karl Buresch am 20. Juni 1931 aus der Landesregierung aus. Zu seinem Nachfolger wurde am 1. Juli 1931 Josef REITHER gewählt. Dr. Leopold BARSCH übte nunmehr die Funktion eines Landeshauptmannstellvertreters aus,

ders hingewiesen wird. Einen guten Überblick bietet auch Hermann RIEPL, Fünfzig Jahre Landtag von Niederösterreich. Der Landtag in der Ersten Republik (Wien 1972).

⁸⁾ Zur Person von Dr. Buresch vgl. Gertrude ENDERLE-BURCEL, Karl Buresch. In: Die österreichischen Bundeskanzler. Leben und Werk (Wien 1983) 174–189.

seinen Sitz in der Landesregierung übernahm der Gänserndorfer Bauer Leopold SCHARMITZER.⁹⁾ In der zweiten Wahlperiode des niederösterreichischen Landtages waren die antidemokratischen Zeittendenzen stärker geworden, wobei das Wissen um Ereignisse wie Justizpalastbrand sowie *Linzer Programm* der SDAP und *Korneuburger Eid* als bekannt vorausgesetzt werden darf.

Waren es in der ersten Wahlperiode vor allem die Administration der alltäglichen Not und Fragen des Verwaltungsaufbaues gewesen, die die Landesregierung forderten, sahen sich die Regierungsmitglieder nunmehr neben wirtschaftlichen Fragen auch in Niederösterreich mit verstärkten terroristischen Aktionen der *NSDAP-Hitlerbewegung* konfrontiert. Ein wesentliches Phänomen niederösterreichischer Landespolitik blieb aber im Gegensatz zur konfliktbereiten Basis die Konsenspolitik der Eliten.

Die verschiedenen Agenden der einzelnen Regierungsmitglieder seien exemplarisch am Beispiel der *Geschäftseinteilung des Jahres 1930* (Geschäftsordnung vom 29. September 1925) dokumentiert: Bereits damals arbeitete die Landesregierung nach dem Kollegialprinzip und der individuellen Ressorverantwortlichkeit.

- Landeshauptmann Dr. Karl BURESCH (Landesamtsdirektion I und II): Allgemeine und Personalangelegenheiten; Landesamt I: Landtag, Zivilrecht, Kultus, Polizeiangelegenheiten, soziale Verwaltung, Heimatrecht, Staatsbürgerschaft, Bundesbaudienst.
- Landeshauptmannstellvertreter Josef REITHER (Landesamt II): Landgemeinden, Straßen, Wasserbau.
- Landesrat Dr. Leopold BARSCH (Landesamt III): Finanz- und landeskulturelle Angelegenheiten
- Landesrat Dr. Rudolf BEIRER (Landesamt IV): Schul- und Gewerbeangelegenheiten, Unternehmungen periodischer Personentransporte, Jugendfürsorge.
- Landesrat Dr. Viktor MITTERMANN (Landesamt V): Gemeinsame Angelegenheiten, Siechenanstalten, Verkehr, Theaterangelegenheiten.
- Landesrat Heinrich SCHNEIDMADL (Landesamt VI), Industriegemeinden, Herbergen für Arbeitsuchende, Irren-, Blinden- und Taubstummenfürsorge.
- Landeshauptmannstellvertreter Oskar HELMER (Landesamt VII): Armenwesen, Krankenanstalten, Sozialversicherung und Gesundheitswesen.

Die Jahre 1932–1934

Die Landtagswahlen des Jahres 1932 hatten den Einzug der Nationalsozialisten in den niederösterreichischen Landtag und auch in die niederösterreichische Landesregierung gebracht. Mit 110.000 Stimmen konnten sie acht Mandate und einen Sitz in der Landesregierung erreichen. In personeller Hinsicht war der Zeitraum bis zum Erlöschen der sozialdemokratischen Mandate durch eine starke Fluktuation auf christlichsozialer Seite gekennzeichnet, wobei verschiedene Personalmaßnahmen unter starkem Druck der Heimwehr zustande gekommen waren.

⁹⁾ RIEPL, Landtag (wie Anm. 5) 203.

Bei der konstituierenden Sitzung des Landtages der dritten Wahlperiode war wieder Dr. Karl BURESCH zum Landeshauptmann gewählt worden, eine Funktion, die er bei der erneuten Übernahme eines Regierungsamtes am 15. Mai 1933 wieder an Josef REITHER übergab. Dr. Buresch hatte nun endgültig die Landespolitik verlassen. Christlichsoziale Landesräte waren der Gastwirt Johann HALLER und Professor Georg PRADER, der Vater des gleichnamigen Verteidigungsministers der Zweiten Republik. Die sozialdemokratischen Regierungsämter waren wieder von Oskar HELMER (Landeshauptmannstellvertreter) und Heinrich SCHNEIDMADL (Landesrat) besetzt. Als nationalsozialistisches Regierungsmitglied fungierte bis zum Verbot der Partei nach einem Handgranatenüberfall auf christlich-deutsche Turner bei Krems ihr Landesleiter Josef LEOPOLD, der ähnlich seinen Parteigenossen im Landtag ausschließlich Obstruktionspolitik betrieb.¹⁰⁾ „Glauben Sie nicht, daß wir uns durch die gesetzmäßig innehabenden Stellen in der Landesregierung und im Landtag an Ihr System gebunden fühlen“, ließ der nationalsozialistische Fraktionsführer anlässlich seiner Wortmeldung in der konstituierenden Sitzung der dritten Wahlperiode verlauten.¹¹⁾

In der Sitzung der Landesregierung vom 22. Juni 1933 – drei Tage nach dem oben angeführten nationalsozialistischen Terroranschlag mit einem Toten und sechzehn Verletzten – stimmten auch die Sozialdemokraten den Maßnahmen der Bundes- und der Landesregierung gegen die Nationalsozialisten zu, forderten aber das Erlöschen der nationalsozialistischen Mandate im Wege der Landesverfassung.¹²⁾ In das Jahr 1933 fiel auch die Auflösung des Parlaments, nachdem alle drei Präsidenten anlässlich der Behandlung der *Straffella-Krise* zurückgetreten waren. Das unter dem Druck der Heimwehren erlassene Verbot der sozialdemokratischen Selbstschutzverbände beschleunigte zweifellos den Gang der Ereignisse. Die Februarkämpfe 1934 und das Verbot der Sozialdemokratischen Partei beendeten auch in Niederösterreich die weitgehend friktionsfreie Zusammenarbeit zwischen den beiden großen politischen Lagern auf Regierungsebene. In der Regierungssitzung vom 14. Februar 1934 berichtete Landeshauptmannstellvertreter Barsch über Maßnahmen, die auf Grund des Verbotes der Sozialdemokratischen Partei zu treffen seien. Über seinen Antrag wurde beschlossen, in den bisher sozialdemokratisch verwalteten Gemeinden des Landes die Gemeindevertretungen aufzulösen.¹³⁾ Im gleichen Zuge erloschen auch die sozialdemokratischen Mandate im Landtag und damit auch die Regierungsämter von Oskar Helmer und Heinrich Schneidmadl. Der verstärkte Einfluß der Heimwehren zeigte sich in der Wahl von Major a. D. Eduard BAAR-BAARENFELS zum Landeshauptmannstellvertreter. Für Heinrich Schneidmadl kam der christlichsoziale St. Pöltner Gewerkschafter Johann HEITZINGER in die Landesregierung, „um den Ständegedanken im Bereiche des Landes Niederösterreich praktisch durchzuführen.“¹⁴⁾

¹⁰⁾ RIEPL, Landtag, 301.

¹¹⁾ Stenographische Protokolle des NÖ Landtages. III. Wahlperiode. Sitzung vom 21. Mai 1932, 48.

¹²⁾ NÖLA-RegA, Protokolle der Sitzung der NÖ Landesregierung vom 23. Juni 1933 [Sitzungsbögen]. – Bereits einen Tag später wurde Josef LEOPOLD verhaftet, um später in das Anhaltelager Wöllersdorf gebracht zu werden.

¹³⁾ Sitzungsbogen vom 14. Februar 1934.

¹⁴⁾ RIEPL, Landtag 391.

Die ständestaatliche Landesregierung

In der Ära des Ständestaates waren die Beziehungen zwischen der ständestaatlichen niederösterreichischen Landesregierung und der Bundesregierung besonders eng, ohne allerdings friktionsfrei zu sein. Landeshauptmann REITHER, der auch nach dem Verbot der sozialdemokratischen Partei in Niederösterreich mit dieser eine akzeptable Gesprächsbasis hatte, bekleidete im Jahr 1935 neben seinem Amt in Niederösterreich noch das des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft (Landeshauptmannstellvertreter BAAR-BAARENFELS war Geschäftsführender Landeshauptmann). Das zur Vertretung des Landeshauptmannes berufene Mitglied der Landesregierung führte nunmehr den Titel Landestatthalter. Diese Funktion wurde bis zum 6. November 1935 von Dr. Leopold BARSCH und danach vom Reichenauer Hotelier Julius KAMPITSCH ausgeübt, der sich im März 1938 als illegaler Nationalsozialist entpuppen sollte. Weitere Regierungsmitglieder waren wieder Johann HALLER, Johann HEITZINGER und Georg PRADER. Neu in die Landesregierung kamen Johann STEINBÖCK, der spätere Landeshauptmann, kurzfristig der Landwirt Michael BACHINGER und Ing. August KARGL, der ebenfalls in der Zweiten Republik Mitglied der Landesregierung sein sollte.¹⁵⁾

Ein Blick in die Sitzungsbögen der Landesregierung in den Jahren 1934 bis 1938 zeigt, daß politische, überregionale und außenpolitische Themen in den Regierungssitzungen kaum mehr zur Sprache gekommen waren. Die Bemühungen galten ausschließlich wirtschaftlichen Fragen, deren mangelnde Bewältigung wohl auch maßgeblich zum Scheitern der Ersten Republik geführt hatte. Als tragisch erwies sich, daß in der ständestaatlichen Landesregierung, obgleich von Bundeskanzler Schuschnigg geduldet, mit Julius Kampitsch ein illegaler Nationalsozialist saß, welchen zu entfernen wahrscheinlich auch Landeshauptmann Reither nicht mehr möglich war. Kampitsch gelang 1938 der „bruchlose“ Übergang vom Ständestaat ins Dritte Reich. Er war somit der Repräsentant einer administrativ-bürokratischen Kontinuität, die sich dann in vielen Bereichen der öffentlichen Verwaltung nach dem „Umbruch“ zeigte.¹⁶⁾

Landeshauptmann Reither zählte zu den ersten niederösterreichischen Spitzenpolitikern, die als Repräsentanten des verhaßten politischen Systems verhaftet wurden und ins Konzentrationslager kamen.

Die NS-Landesregierung

Bis zur Bestellung des St. Pöltner Lungenfacharztes Dr. Hugo JURY zum Gauleiter und Landeshauptmann von Niederdonau, wie das um Teile Südmährens und das nördliche Burgenland vergrößerte Niederösterreich nun bezeichnet wurde, und der damit verbundenen Durchsetzung des „Führerprinzips“ führte eine vornehmlich vom hessischen Gauleiter Bürckel, dem Beauftragten Hitlers für die Reorganisation der NSDAP in der Ostmark, abhängige Landesregierung

¹⁵⁾ RIEPL, Landtag 411.

¹⁶⁾ Vgl. Ernst BEZEMEK, Zur NS-Machtübernahme in Niederösterreich. In: Jb LKNÖ NF 50/51 (1984/1985) 181–205.

die Geschäfte. Dieser gehörten der aus Weißenkirchen stammende Jurist Dr. Roman JÄGER als Gauleiter und Landeshauptmann, Julius KAMPITSCH als Landesstatthalter, der Mathematikprofessor und Gutsbesitzer Karl HOLY, SA-Brigadeführer Franz RAPPELL, der spätere St. Pöltner Oberbürgermeister Emmo LANGER, der Herzogenburger Sparkassendirektor Josef STRASSER und der bereits vor dem „Umbruch“ in den Baureferaten des Amtes der NÖ Landesregierung tätige Dipl.-Ing. Karl SPIEGEL an. Spiegel war wie Julius Kampitsch, der nach der nationalsozialistischen Beamtenüberprüfung aus „politischen Gründen“ vom Dienst enthoben worden war, illegaler Nationalsozialist.¹⁷⁾

Mit Jury als Gauleiter und Landeshauptmann fand die Konsolidierungsphase des Nationalsozialismus in Niederösterreich ihr Ende. Anlässlich der Einrichtung der Reichsgaue – Jury war dann Gauleiter und Reichsstatthalter – wurden die Regierungsämter aufgelassen. An die Stelle der Landesräte traten politische Beamte, die vielfach aus Deutschland geholt wurden. Von den ehemaligen NS-Regierungsmitgliedern – Emmo Langer war als Oberbürgermeister von St. Pölten in der NS-Hierarchie aufgestiegen – erhielt nur Dipl.-Ing. Spiegel als Baudirektor eine höhere Funktion.

Den Zusammenbruch des Regimes erlebte Gauleiter Jury, der bis zuletzt Durchhalteparolen ausgegeben hatte, an der Spitze seines fanatischen Anhangs im Waldviertel. Am 9. Mai 1945, als bereits die von Figl und Helmer im niederösterreichischen Landhaus in Wien installierte provisorische Landesregierung seit drei Wochen im Amt war, beging Jury in Zwettl Selbstmord.¹⁸⁾

Unter sowjetischer Besatzung

Die sowjetischen Besatzungstruppen hatten ein Land vorgefunden, dessen Verwaltung bis in den örtlichen Bereich hin nicht mehr funktionsfähig war. Die Truppenkommandanten verfügten jedoch über Anweisungen der Marschälle Tolbuchin und Malinovsky, die Verwaltung möglichst rasch in zivile Hände zu legen. Unter den Mitgliedern dieser provisorischen Ausschüsse hatte stets ein Kommunist zu sein. Die Geburtsstunde einer provisorischen Landesregierung schlug am 17. April 1945, als der dem Tode entronnene niederösterreichische Bauernbunddirektor Dipl.-Ing. Leopold FIGL, der sich als Platzhalter für Josef Reither verstand, und Oskar HELMER, Landeshauptmannstellvertreter vor dem Verbot der sozialdemokratischen Partei 1934, an die Wiedererrichtung der Landesverwaltung schritten.

In verfassungsrechtlicher Hinsicht waren nach den Erfahrungen von Krieg, Nationalsozialismus und gemeinsamer Lagerhaft und angesichts der drückenden Not das Anknüpfen an die Institutionen von 1933 und die Zusammenarbeit der Eliten ein Gebot der Stunde. Ohne Mythen zu tradieren kann festgestellt werden, daß die Ernennung Figls zum provisorischen Landeshauptmann allein darauf zurückzuführen ist, daß er als Bauernbunddirektor den Sowjets als Garant für die Sicherung der Ernährung erschien. Für die Kommunisten, die mit der Besatzungsmacht als Rückendeckung maßgeblichen Einfluß auf die provisorischen Institutionen gewonnen hatten, war er als Verfolgter des NS-Regimes

¹⁷⁾ BEZEMEK, Machtübernahme 186.

¹⁸⁾ Zur NS-Behördenstruktur vgl. Amtskalender für den Reichsgau Niederdonau (1942).

trotz aller ideologischen Vorbehalte ein akzeptabler Partner.¹⁹⁾ Nach dem Inkrafttreten des Behördenüberleitungsgesetzes konnte auch für Niederösterreich eine provisorische Landesregierung installiert werden, der Dipl.-Ing. Leopold FIGL (ÖVP) als Landeshauptmann, Oskar HELMER (SPÖ) und Dipl.-Ing. Otto MÖDLAHL (KPÖ) als Landeshauptmannstellvertreter, Johann STEINBÖCK, Ing. August KARGL, Elias WIMMER (ÖVP), Heinrich WIDMAYER, Hans Brachmann (SPÖ) und Karl PODRATZKY (KPÖ) als Landesräte angehörten. Am 15. Oktober 1945 schied Figl, Bundesparteiobermann der ÖVP und Vizekanzler der provisorischen Regierung Renner, und Elias Wimmer, der die Agenden für das Burgenland wahrgenommen hatte, aus der Landesregierung aus. Landeshauptmann wurde der aus dem Konzentrationslager befreite und im August 1945 nach Österreich zurückgekehrte Josef REITHER. Auch bei den Kommunisten gab es einen Wechsel: Dipl.-Ing. Otto Mödlagl ging ins Burgenland, seinen Sitz in der Landesregierung erhielt Laurenz GENNER. Für Elias Wimmer kam der ehemalige Landesrat Johann HALLER in die Landesregierung. Die historischen Wahlen vom 25. November 1945 brachten der ÖVP 32, der SPÖ 22 und der KPÖ 2 Mandate. Um die Anerkennung der sowjetischen Besatzungsmacht zu erhalten – die Mitglieder der sowjetischen Kontrollkommission waren die eigentlichen Herren in Niederösterreich – mußte den Kommunisten, die aufgrund des Wahlergebnisses keinen Anspruch gehabt hätten, ein Regierungssitz überlassen werden. Laurenz Genner blieb Landesrat mit dem Titel *Beratendes Organ der Landesregierung*. Als Kontaktmann zur sowjetischen Militärverwaltung übte er eine Kontrollfunktion aus, was zu unendlich vielen Querelen führte. Personelle Veränderungen gab es vor allem bei den Sozialisten: Franz POPP – Oskar Helmer war in die Bundesregierung berufen worden – wurde Landeshauptmannstellvertreter, Felix STIKA und der bereits mehrfach erwähnte Heinrich SCHNEIDMADL fungierten als Landesräte. Bei der ÖVP gab es erst gegen Ende der ersten Legislaturperiode der Zweiten Republik Veränderungen. Josef Reither trat am 2. Mai 1949 zurück. Anlässlich des Rücktrittes des „Langzeitlandeshauptmannes“ würdigte auch der politische Gegner „den aufrechten Österreicher, der zu jenen Menschen gehörte, die mit den Nationalsozialisten keinen Frieden geschlossen haben, und die es sich mit ihnen nicht gerichtet haben.“²⁰⁾ Zu seinem Nachfolger wurde Johann STEINBÖCK gewählt, dessen Mandat Viktor MÜLLNER erhielt. Auf den am 9. Mai 1949 verstorbenen Johann Haller folgte der aus Altenwörth stammende Bauer Johann WALTNER. Die Landesregierung blieb dann bis zum Ende der sowjetischen Besatzung im wesentlichen unverändert. Nach den Landtagswahlen 1949 gab es lediglich auf Seiten der Sozialisten eine Änderung. Hans BRACHMANN, bereits Mitglied der provisorischen Landesregierung, folgte auf Heinrich Schneidmadl. Mit dem Ausscheiden Laurenz GENNERS aus dem Landtag – das Verhältnis zur sowjetischen Besatzungsmacht wurde allmählich konfliktfreier –

¹⁹⁾ Vgl. Wilfried AICHINGER, Sowjetische Österreichpolitik 1943-1945 (Wien 1981); Ernst BEZEMEK, Demokratie ohne Illusion. Zur Rekonstruktion demokratischer Verhältnisse in Niederösterreich. In: Niederösterreich 1945 – Südmähren 1945. Die Vorträge des 14. Symposiums des NÖ Instituts für Landeskunde (. . .). Hrsg. Ernst BEZEMEK u. Willibald ROSNER = STUF 21 (Wien 1997) 101–116, sowie Hermann RIEPL, Niederösterreich 1945. 40 Jahre Wiederaufbau der Landesverwaltung. Ausstellung der NÖ Landesbibliothek (Wien 1985).

²⁰⁾ So der kommunistische Abgeordnete Robert DUBOVSKY im Landtag am 5. Mai 1949; vgl. RIEPL, Landtag (wie Anm. 5) 95.

gehörte nach den Landtagswahlen des Jahres 1954 kein Kommunist mehr der Landesregierung an.

Die Agenden in der Landesregierung wurden ähnlich den Zuständigkeiten in der Ersten Republik wahrgenommen. Die ÖVP hatte die Personalangelegenheiten, die dem Landeshauptmann oblagen, die Landwirtschafts- und Wirtschaftsagenden, die Baureferate, die Fremdenverkehrs- und Sportangelegenheiten sowie das Finanzreferat inne, die Sozialisten waren für Gemeinde- und Kulturangelegenheiten (diese Zuständigkeiten waren wiederholt Gegenstand der Parteienverhandlungen nach etwaigen Änderungen der Mandatsverhältnisse) und die sozialen Referate zuständig.

Die Probleme, mit denen sich die niederösterreichische Landesregierung in den Jahren der Besatzung, in denen der sowjetische Hochkommissar oder seine Stellvertreter oft auf der Landtagsgalerie saßen, also allgegenwärtig waren, konfrontiert sah, skizzierte Landeshauptmann Steinböck in seiner Antrittsrede am 5. Mai 1949 im Landtag:

Seit zwei Jahrzehnten stehe ich auf dem Boden einer gesunden Demokratie. Ich bin mir bewußt, daß die Mitglieder der Landesregierung nach den Bestimmungen der Verfassung nicht als Koalitionspartner gemeinsam wirken, sondern verfassungsmäßig bestimmt sind, der Stärke der Parteien entsprechend zum Wohl des Landes zusammenzuarbeiten. Unsere gemeinsamen Vorhaben sind: Fortsetzung des Wiederaufbaues, Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, endgültige Rückgliederung der Randgemeinden, Ernährungslage und Ablieferungspflicht, wirtschaftlich gerechtfertigte Bodenreform, Pächterschutz, Pflanzenschutz, Fremdenverkehrsgesetz und eine neue Landtagswahlordnung.²¹⁾

Angesichts der Anwesenheit des sowjetischen Hochkommissars sprach der Landeshauptmann ein Hauptproblem der niederösterreichischen Landespolitik nicht direkt an, nämlich die Frage des sowjetischen Wirtschaftsimperiums USIA²²⁾, in dem die durch den *Kurassow-Befehl* als *Deutsches Eigentum* beschlagnahmten Wirtschaftsbetriebe zusammengefaßt und somit auch der österreichischen Steuerhoheit entzogen waren.

Die Jahre der Hochkonjunktur – Niederösterreich 1955–1969

Das Jahr 1955 stellte auch für die niederösterreichische Landesgeschichte eine große Zäsur dar. Niederösterreichs Wirtschaft stand vor zwei großen Aufgaben, einerseits waren die USIA-Betriebe in die Wirtschaft einzugliedern, andererseits waren diese dem westlichen Standard anzugleichen. Eine erste Bewährungsprobe hatte das freie Niederösterreich beim Ungarnaufstand 1956 zu bestehen, als tausende Flüchtlinge aufgenommen werden mußten. In den fünfziger Jahren waren auch immer mehr Menschen gezwungen, den Arbeitsplatz in beträchtlicher Entfernung von ihrem Wohnort zu suchen, eine ungeheure Mobilität setzte ein. Starke Veränderungen war auch das Schulwesen unterworfen. Die Zahl der einklassigen Volksschule wurde immer geringer. Durch die zahlrei-

²¹⁾ RIEPL, Landtag 95.

²²⁾ Zu der USIA-Problematik vgl. die Beiträge von Ernst BEZEMEK u. Otto KLAMBAUER. In: Die USIA-Betriebe in Niederösterreich. Geschichte. Organisation, Dokumentation STUF 5 (Wien 1983).

chen Schulneubauten – mittlere und höhere Schulen entstanden in jeder Bezirksstadt – wurde auch eine Reorganisation des Schulwesens notwendig und möglich. Die stufenweise Veränderung der Arbeitszeit und größere Chancen auf dem Arbeitsmarkt ermöglichten nach amerikanischem Vorbild neue Freizeitinhalte. Die größten Veränderungen erlebte die Landwirtschaft, in der sich die Mechanisierung immer mehr durchsetzte. Der Traktor wurde zum Symbol für Aufstieg und Wohlstand. Die Zweitwohnungsbesitzer veränderten die dörfliche Sozialstruktur. Der wirtschaftliche Aufschwung manifestierte sich auch in Niederösterreich in einer Verstärkung der Bautätigkeit. Die Verbesserung des Verkehrsnetzes dokumentierte sich in der Aufnahme des Schnellbahnbetriebes zwischen Wien-Meidling und Floridsdorf und von Floridsdorf nach Gänserndorf und Stockerau. Zu einem der wichtigsten Steuerträger für die niederösterreichischen Gemeinden wurde die ÖMV (heute: OMV), die die Ölfelder Matzen-Auerthal weiter ausbaute und das Trockenerdgasfeld Zwerndorf-Baumgarten erschloß. Auch in der Kultur vollzog sich, wenn auch mit gebotener Verzögerung und entsprechender Traditionspflege, der Aufbruch in die Moderne. 1956 fand in Gutenstein eine große Raimund-Ausstellung statt, eine Vorläuferin der später so erfolgreichen Landesausstellungen. Die Großausstellung des Jahres 1960 im Stift Melk *Jakob Prandtauer und sein Kunstkreis* wurde von über 360.000 Menschen besucht. Das politische Klima verschlechterte sich jedoch in den späten sechziger Jahren, als mit der *Müllner-Affäre* eine veritable Krise zu bewältigen war.

Nach 1955 wurde allmählich auch die alte Politikergeneration abgelöst. Die erste Änderung in der Landesregierung erfolgte auf Seiten der Sozialisten. Emmerich WENGER löste am 16. Oktober 1957 Hans Brachmann ab.²³⁾ Nach der Landtagswahl 1959 – auch bei den Nationalratswahlen des gleichen Jahres verloren die Kommunisten ihr Grundmandat und blieben fortan eine zu vernachlässigende politische Größe – waren nur mehr ÖVP und SPÖ im Landtag vertreten, eine Konstellation, die fast dreißig Jahre erhalten bleiben sollte. Die Jahre 1960 bis 1962 brachten wesentliche Änderungen in der Landesregierung. Am 6. Jänner 1960 starb Landeshauptmannstellvertreter KARGL. Viktor MÜLLNER wurde Landeshauptmannstellvertreter, der Stockerauer Innungsmeister des Schuhmachergewerbes, Rudolf HIRSCH, wurde Landesrat. Auf sozialistischer Seite traten im Juni 1960 Landesrat STIKA und im Oktober 1960 Landeshauptmannstellvertreter POPP zurück. Stikas Sitz in der Landesregierung erhielt der frühere Justizminister Dr. Otto TSCHADEK, der nach dem Rücktritt Franz Popp auch Landeshauptmannstellvertreter wurde. Zum neuen Landesrat wurde Emil KUNTNER ernannt, der wie sein Vorgänger ebenfalls Bürgermeister von Hohenau war. An der Spitze der Landespolitik gab es am 14. Jänner 1962 eine Änderung. Landeshauptmann Johann STEINBÖCK, ein Mann des Ausgleichs, der sich wiederholt den Vorwurf gefallen lassen mußte, nicht Herr im eigenen Hause zu sein und von Viktor Müllner überspielt zu werden, starb. Sein Nachfolger wurde Dipl.-Ing. Leopold FIGL, der bereits vom April bis zum Oktober 1945 Landeshauptmann von Niederösterreich gewesen war. Die Wahl Figls am 31. Jänner 1962 erfolgte einstimmig, also auch mit den Stimmen der Sozialisten. Figl war stolz auf dieses Votum, das ihm bewies, „daß man Politik für den Staat, für das Land, die Stadt oder das Dorf, aber nicht für die Partei machen darf.“²⁴⁾ Mit

²³⁾ RIEPL, Landtag (wie Anm. 5) 277.

²⁴⁾ Susanne SELTENREICH, Leopold Figl – ein Österreicher (Wien 1962) 160.

dem Rücktritt Viktor Müllners, der zum Generaldirektor der NEWAG ernannt wurde, und der Ernennung Josef HILGARTHS zum Landesrat waren die personellen Änderungen in der Landesregierung vorerst abgeschlossen.²⁵⁾ Größere Umbesetzungen gab es erst wieder in der VIII. Gesetzgebungsperiode (1964–1969). Nach den Landtagswahlen des Jahres 1964 waren auf Seite der ÖVP die Abgeordneten Roman RESCH, der Josef Hilgarth ablöste, und Andreas MAURER als Nachfolger Johann Waltners in die Landesregierung aufgerückt. Die Jahre 1965 bis 1969 brachten an der Spitze des Landes wesentliche Einschnitte. Am 9. Mai 1965 starb Landeshauptmann Leopold Figl, nicht einmal eineinhalb Jahre später sein Nachfolger, der langjährige Landwirtschaftsminister Dipl.-Ing. Eduard HARTMANN. Die Position des Landeshauptmannes blieb auch nach dem Ableben von Landeshauptmann Hartmann mit der Wahl von Andreas MAURER in den Händen des Niederösterreichischen Bauernbundes. Die Funktion des Agrarlandesrates übernahm Matthias BIERBAUM, Bürgermeister von Neusiedl an der Zaya. Für den im Zuge der *Müllner-Affäre* zurückgetretenen Finanzlandesrat Roman Resch kam Siegfried LUDWIG in die Landesregierung, der das Amt des Landesfinanzreferenten übernahm. Auf Seiten der Sozialisten kam es in den Jahren 1966 zu Umbesetzungen, als Otto RÖSCH Emmerich Wenger ablöste, und 1969, als Innenminister a.D. Hans CZETTEL auf den am 4. Februar verstorbenen Dr. Otto Tschadek folgte.²⁶⁾

Die siebziger und achtziger Jahre

Zu Beginn der siebziger Jahre gewannen allmählich neue politische Wertvorstellungen und mit ihnen auch die sich konstituierenden Bürgerbewegungen an Bedeutung. Die Menschen begannen allmählich der grenzenlosen Fortschrittsideologie und dem Wachstumsglauben zu mißtrauen. Der Widerspruch Ökonomie-Ökologie wurde zu einem Hauptthema. Am 21. März 1971 protestierten erstmals Umweltaktivisten vor dem NEWAG-Gebäude in der Südstadt gegen das Atomkraftwerk Zwentendorf. Mit 1. Jänner 1971 war die Zahl der Gemeinden in Niederösterreich von mehr als 1652 auf 814 reduziert worden. Die Diskussionen über Müllbeseitigung und Umweltschutz fanden in der niederösterreichischen Landespolitik rasch ihren Niederschlag. 1973 wurde das Umweltschutzorganisationsgesetz erlassen. Durch die anhaltende Hochkonjunktur konnte bis zur Mitte der siebziger Jahre der Schuldenstand des Landes von 42% des Budgetvolumens auf 12% gesenkt werden. Die Landwirtschaft war nunmehr einem noch größeren Veränderungsdruck ausgesetzt. Wirtschaften mittlerer Größe wurden in zunehmendem Maße zu Nebenerwerbslandwirtschaften. Auch die allgemeinen politischen Rahmenbedingungen hatten sich geändert. Auf Bundesebene amtierte nunmehr eine sozialistische Bundesregierung, die angesichts der sich um die Mitte der siebziger Jahre verschlechternden Konjunktur (1973 „Ölpreisschock“) bewußt den Kurs höherer Staatsverschuldung zugunsten der Sicherung von Arbeitsplätzen steuerte. Der Schwerpunkt der Regierungsarbeit wandte sich angesichts der Konsequenz dieser Entwicklung – in zahlreichen Branchen kam es zu Strukturproblemen und einem kontinuierli-

²⁵⁾ RIEPL, Landtag (wie Anm. 5) 359.

²⁶⁾ RIEPL, Landtag (wie Anm. 5) 360.

chen Abbau von Industriearbeitsplätzen – wirtschaftlichen und sozialen Fragestellungen zu.

Die gestiegenen Anforderungen führten im Jahre 1981 zu einer Erweiterung der Landesregierung, die künftig neun Mitglieder haben sollte: In seiner Sitzung vom 19. März 1981 beschloß der NÖ Landtag nämlich in Änderung der NÖ Landesverfassung 1979 die Zahl der Landesräte von vier auf sechs zu erhöhen.²⁷⁾ Einer kurzfristigen Verschlechterung des Klimas in der Landesregierung nach den Vorgängen um die burgenländische Wohnbaugenossenschaft Ost (WBO) und die NÖ Landeshypothekenbank folgte Mitte der achtziger Jahre eine konstruktive Zusammenarbeit bei Großprojekten wie der Errichtung des Regierungsviertels in der neuen Landeshauptstadt St. Pölten, die Landeshauptmann Ludwig trotz massiver Widerstände durchzusetzen imstande war.²⁸⁾ Restaurativ-konservative Tendenzen, die sich auch in der Führungsschicht der Kirche zeigten, führten ab der Mitte der achtziger Jahre zum Erstarken des nationalen Lagers und im Jahre 1988 zum Einzug der FPÖ in den NÖ Landtag.

Die Landtagswahlen des Jahres 1969, um wieder zur Darstellung der personellen Entwicklung in der NÖ Landesregierung zurückzukehren, hatten insofern eine Änderung gebracht, als Karl SCHNEIDER (ÖVP) und Leopold GRÜNZWEIG (SPÖ) Rudolf Hirsch und Emil Kuntner folgten. Dem in die Bundesregierung berufenen Landesrat Rösch folgte am 8. Mai 1970 die bisherige Zweite Präsidentin des Landtages Anna KÖRNER als Sozial- und Gesundheitslandesrätin. Ihr Nachfolger war nach den Landtagswahlen 1979 der bisherige Klubobmann Dr. Ernest BREZOVSKY. Wichtige personelle Änderungen gab es erst wieder im Jahre 1980: am 27. März übernahm Dr. Erwin PRÖLL von Matthias Bierbaum das Agrarressort und schließlich die Umweltagenden. Ein weiterer Schwerpunkt der Tätigkeit Prölls lag in den Bestrebungen zur Dorferneuerung, mit denen Selbstbewußtsein, Eigenverantwortlichkeit und Fähigkeit zur Selbsthilfe geweckt werden sollten. Am 27. September 1980 starb Landeshauptmannstellvertreter Hans CZETTEL, dessen Funktion Leopold GRÜNZWEIG übernahm. Ernst HÖGER rückte in die Landesregierung auf. Am 22. Jänner 1981 übernahm Siegfried LUDWIG von Andreas Maurer das Amt des Landeshauptmannes, Erwin PRÖLL wurde zum Landeshauptmannstellvertreter und Landesfinanzreferenten gewählt. Das Agrarressort lag nunmehr in den Händen des aus Krumbach stammenden Franz BLOCHBERGER. Erwin SCHAUER hatte bereits am 1. Oktober 1980 Karl Schneider als Wirtschaftslandesrat abgelöst. Am 9. April 1981 erfolgte dann die bereits erwähnte Erweiterung der Landesregierung, in deren Folge als Signal an die Frauen Liese PROKOP (ÖVP) und Traude VOTRUBA (SPÖ) Mitglieder der Landesregierung wurden, wobei Liese Prokop unter anderem für Sportangelegenheiten und Traude Votruba für Sozialagenden zuständig war. Verschiebungen in der Ressortverantwortlichkeit gab es in den achtziger Jahren vor allem nach den Landtagswahlen des Jahres 1983, als die ÖVP zusätzliche Kompetenzen im Kulturbereich erhielt, die von Landeshauptmann Ludwig wahrgenommen wurden. Im Jahre 1986 erfolgte der Rückzug Leopold Grünzweigs aus

²⁷⁾ Vgl. Ernst BEZEMEK, 75 Jahre Landtag von Niederösterreich. Der niederösterreichische Landtag 1969–1995 (Wien 1995) 250.

²⁸⁾ Bei der am 1. und 2. März 1986 durchgeführten Volksbefragung sprachen sich 56,02% der Niederösterreicher für eine eigene Landeshauptstadt aus, wobei eine relative Mehrheit von 25,01% für St. Pölten votierte.

der niederösterreichischen Landespolitik. Ernst HÖGER wurde Landeshauptmannstellvertreter, der Schwechater Gymnasialdirektor Dr. Franz SLAWIK, auf den nach den Landtagswahlen 1988 der Zwentendorfer Bürgermeister Josef MOHNL folgte, wurde Landesrat. Im gleichen Jahr trat Wirtschaftslandesrat Schauer zurück, dessen Agenden der Landtagsabgeordnete Dkfm. Vinzenz HÖFINGER übernahm.²⁹⁾

Die neunziger Jahre

Im Jahre 1989 waren die Niederösterreicher Zeugen weltpolitischer Umwälzungen geworden. Der Fall des „Eisernen Vorhanges“ tangierte speziell die niederösterreichische Wirtschaft, bedeutete aber auch neue Herausforderungen. Der Zusammenbruch des Ostmarktes gefährdete traditionell auf diesen ausgerichtete Betriebe. Die niederösterreichische Wirtschaft profitierte zweifellos von dem „Jahrhundertprojekt“ der Landeshauptstadt St. Pölten. Der Spatenstich zum neuen Landhaus am 13. September 1992 gehörte zu den letzten Aktivitäten von Landeshauptmann Ludwig, der am 22. Oktober 1992 sein Amt an Dr. Erwin PRÖLL übergab. Das Amt einer Landeshauptmannstellvertreterin übernahm Liese PROKOP, Landesfinanzreferent wurde Klubobmann Mag. Edmund FREIBAUER. Nach dem Unfalltod von Landesrat Mohndl im Jahre 1991 war Staatssekretär a.D. Dkfm. Dr. Johann BAUER Regierungsmitglied geworden. Die Agenden Dr. Ernest Brezovskys übernahm Ewald WAGNER. Die Landtagswahlen des Jahres 1993 setzten den gesamtösterreichischen Trend fort, wonach die Großparteien – die ÖVP verlor die absolute Mehrheit, die SPÖ einen Sitz in der Landesregierung – zugunsten der FPÖ Stimmenverluste hinnehmen mußten. Die FPÖ gewann weitere zwei Mandate und von den Sozialisten einen Sitz in der Landesregierung, den der frühere ORF-Redakteur Hans Jörg SCHIMANEK übernahm. Neben der veränderten Parteienlandschaft war es vor allem der Beitritt zur EU, der auch für die Arbeit der Landesregierung nachhaltigste Konsequenzen hatte. Für den am Ende der XIII. Gesetzgebungsperiode ausgeschiedenen Dkfm. Höfinger wurde der Waldviertler Unternehmer Ernest GABMANN in Landesregierung berufen, der die Wirtschaftsagenden übernahm.

Die Niederösterreichischen Landesregierungen 1921–1938

I. Wahlperiode 1921–1927

Johann MAYER; ab. 9.6.1922 Dr. Karl BURESCH (CSP); Landeshauptmann
Allgemeine und Personalangelegenheiten, Landessammlungen; Verwaltung
der dem Land gehörigen Gebäude, amtsärztlicher Dienst, Kanzleiaufsicht,
Materialamt
Franz Christoph (SDAP); Landeshauptmannstellvertreter
Gemeindeangelegenheiten (Industriegemeinden), Schub- und Naturalver-
pflugsstationen

²⁹⁾ BEZEMEK, Landtag (wie Anm. 27) 399.

- Josef ZWETZBACHER; ab 17.2.1925 Josef Reither (CSP); Landeshauptmannstellvertreter
Gemeindeangelegenheiten (Landgemeinden), Straßenangelegenheiten, Feuerwehrwesen
- Oskar HELMER (SDAP); Landesrat
Jugendamt, Kinderheime auf dem Lande, Armenfürsorge, Schulen für nicht vollsinnige Kinder, Wohlfahrtsanstalten
- Anton JAX (CSP); Landesrat
Landeskulturangelegenheiten, Agrargesetzgebung, Jagdgesetzgebung, Wasserbauangelegenheiten, Veterinär- und Viehzuchtangelegenheiten
- August SÉGUR; ab 9.6.1922 Dr. Rudolf Beirer (CSP); Landesrat
Finanzwesen, Gewerbeförderung, NÖ Hypothekenanstalt
- Josef Palme (SDAP); Landesrat
Sanitätswesen, öffentliche Krankenanstalten, Gemeindeärzte, Hebammenangelegenheiten

II. Wahlperiode 1927–1932

Kompetenzverteilung siehe oben S. 158

- Dr. Karl BURESCH; ab 1.7.1931 Josef REITHER (CSP); Landeshauptmann
Oskar HELMER (SDAP), Landeshauptmannstellvertreter
Josef REITHER; ab 1.7.1931 Dr. Leopold BARSCH (CSP); Landeshauptmannstellvertreter
- Dr. Leopold BARSCH; ab 1.7.1931 Leopold SCHARMITZER; Landesrat
Dr. Rudolf Beirer (CSP); Landesrat
Dr. Viktor Mittermann (GD); Landesrat
Heinrich Schneidmadl (SDAP); Landesrat

III. Wahlperiode 1932–1934

- Dr. Karl BURESCH; ab 18.5.1933 Josef REITHER (CSP); Landeshauptmann
Allgemeine und Personalangelegenheiten, Landesverfassungsangelegenheiten, Wahlangelegenheiten, Landtag, Fremdenverkehr, Stiftungen, Elektrizitätswesen, Heimatrecht, Bundesbaudienst
- Josef REITHER; ab 18.5.1933 Josef STURM (CSP); ab 15.12.1933 Dr. Leopold BARSCH (CSP); Landeshauptmannstellvertreter
Landgemeinden, Straßen- und Wasserbau, Meliorationen, Feuerwehrangelegenheiten, Landwirtschaftliche Landeslehranstalten, Landeslandwirtschaftskammer
- Oskar HELMER (SDAP); ab 22.2.1934 Eduard BAAR-BAARENFELS (CSP/Heimwehr); Landeshauptmannstellvertreter
Armenwesen, Krankenanstalten, Sozialversicherung und Gesundheitswesen
- Dr. Leopold BARSCH (CSP); ab 15.12.1933 Johann HALLER (CSP); Landeshauptmannstellvertreter
Finanz- und landeskulturelle Angelegenheiten
- Georg PRADER (CSP); Landesrat
Schulangelegenheiten, Jugendfürsorge, Gewerbeförderung
- Heinrich SCHNEIDMADL (SDAP); ab 13.3.1934 Johann HEITZINGER (CSP); Landesrat
Industriegemeinden, Schubwesen, Herbergen, Irren-, Blinden- und Taubstummenfürsorge

Josef LEOPOLD (NSDAP); Landesrat bis 23.6.1933
Forstwesen, Theaterangelegenheiten

Ständische Landesregierung

Josef REITHER; Landeshauptmann
Eduard BAAR-BAARENFELS; Landeshauptmannstellvertreter
Dr. Leopold BARSCH; Landesstatthalter; ab 6.11.1935 Julius KAMPITSCH
Johann HALLER; Landesrat
Johann HEITZINGER; Landesrat
Georg PRADER; Landesrat
Johann STEINBÖCK; Landesrat
Julius KAMPITSCH; ab 6.11.1935 Michael BACHINGER; ab 6.7.1937 Ing. August
KARGL; Landesrat

Die NS-Landesregierung

(bis zum Ostmarkgesetz vom 24.5.1938)
Dr. Roman JÄGER; Gauleiter und Landeshauptmann
Karl HOLLY
Emmo LANGER
Franz RAPPELL
Dipl.-Ing. Karl SPIEGEL
Josef STRASSER

Die niederösterreichischen Landesregierungen 1945–1997

Die Ressortverteilung, die sich traditionell nur bei markanteren Mandatsverschiebungen veränderte, wurde entsprechend den seit 1945 bestehenden Hausmachtspalten vorgenommen. Der ÖVP standen und stehen mit der Position des Landeshauptmannes die Verantwortlichkeiten für die Landesamtsdirektion, das Agrarressort, den Bau- und Wirtschaftsförderungsbereich, die Umweltfragen, den Sport und seit 1983 für größere Teile des Kulturbereichs zu. SPÖ-Politiker zeichneten und zeichnen für das Gesundheitsressort, Gemeindeangelegenheiten, den Naturschutz und das Sozialwesen verantwortlich. Landesrat Schimaneck (FPÖ) nimmt seit 1993 unter anderem Angelegenheiten des Wasserbaus wahr.³⁰⁾

Provisorischer Landesausschuß 1945

Dipl.-Ing. Leopold FIGL; ab 15. Oktober 1945 Josef REITHER (ÖVP); Landeshauptmann

³⁰⁾ Eine genaue Aufzählung der Zuständigkeiten der einzelnen Regierungsmitglieder nach 1945 ist angesichts der ständig steigenden Aufgaben in unserem Zusammenhang nicht zu leisten. Der Leser wird auf die Amtskalender verwiesen, die seit 1950 regelmäßig erscheinen. Für die laufende Funktionsperiode vgl. Agenden und Aktivitäten 1997 (St. Pölten 1998).

Oskar HELMER (SPÖ); Dipl.-Ing. Otto MÖDLAHL (KPÖ) ab 15. Oktober 1945; Landeshauptmannstellvertreter

Johann STEINBÖCK; August KARGL, Elias Wimmer (alle ÖVP); Heinrich WIDMAYER, Hans BRACHMANN (beide SPÖ), Karl PODRATZKY (KPÖ); Landesräte

IV. Wahlperiode 1945–1949

Josef REITHER; ab 5. Mai 1949 Johann STEINBÖCK (ÖVP); Landeshauptmann Franz POPP (SPÖ), Ing. August KARGL (ÖVP); Landeshauptmannstellvertreter

Johann HALLER; ab 19. Mai 1949 Johann WALTNER (ÖVP); Landesrat

Johann STEINBÖCK; ab 5. Mai 1949 Viktor MÜLLNER (ÖVP); Landesrat

Felix STIKA (SPÖ); Landesrat

Heinrich SCHNEIDMADL (SPÖ); Landesrat

Laurenz GENNER (KPÖ); Landesrat – *Beratendes Organ*

V. Wahlperiode 1949–1954

Johann STEINBÖCK (ÖVP); Landeshauptmann

Ing. August KARGL (ÖVP); Landeshauptmannstellvertreter

Franz POPP (SPÖ); Landeshauptmannstellvertreter

Viktor MÜLLNER (ÖVP); Landesrat

Johann WALTNER (ÖVP); Landesrat

Hans BRACHMANN (SPÖ); Landesrat

Felix STIKA (SPÖ); Landesrat

Laurenz GENNER (KPÖ); Landesrat – *Beratendes Organ*

VI. Wahlperiode 1954–1959

Johann STEINBÖCK (ÖVP); Landeshauptmann

Ing. August KARGL (ÖVP); Landeshauptmannstellvertreter

Franz POPP (SPÖ); Landeshauptmannstellvertreter

Viktor MÜLLNER (ÖVP); Landesrat

Johann WALTNER (ÖVP); Landesrat

Hans BRACHMANN; ab 24. Oktober 1957 Emmerich WENGER (SPÖ); Landesrat

Felix STIKA (SPÖ); Landesrat

Laurenz GENNER (KPÖ); Landesrat – *Beratendes Organ*

VII. Wahlperiode 1954–1964

Johann STEINBÖCK; ab 31. Jänner 1962 Dipl.-Ing. Leopold FIGL (ÖVP); Landeshauptmann

Ing. August KARGL; ab 28. Jänner 1960 Viktor MÜLLNER; ab 24. Jänner 1963 Rudolf HIRSCH (ÖVP); Landeshauptmannstellvertreter

Franz POPP; ab 13. Oktober 1960 Dr. Otto TSCHADEK (SPÖ); Landeshauptmannstellvertreter

Viktor MÜLLNER; ab 28. Jänner 1960 Rudolf HIRSCH; ab 24. Jänner 1963 Josef HILGARTH (ÖVP); Landesrat

Johann WALTNER (ÖVP); Landesrat

Emmerich WENGER (SPÖ); Landesrat

Felix STIKA; ab 23. Juni 1960 Dr. Otto Tschadek; ab 13. Oktober 1960 Emil KUNTNER (SPÖ); Landesrat

VIII. Wahlperiode 1964–1969

Dipl.-Ing. Leopold FIGL; ab 16. Mai 1965 Dipl.-Ing. Eduard HARTMANN; ab 24. Oktober 1969 Andreas MAURER (ÖVP); Landeshauptmann
Rudolf HIRSCH (ÖVP); Landeshauptmannstellvertreter
Dr. Otto TSCHADEK (SPÖ); ab 13. Februar 1969 Hans CZETTEL (SPÖ); Landeshauptmannstellvertreter
Roman RESCH; ab 25. Jänner 1968 Siegfried LUDWIG (ÖVP); Landesrat
Andreas MAURER; ab 24. Oktober 1966 Matthias BIERBAUM (ÖVP), Landesrat
Emmerich WENGER; ab 26. Mai 1966 Otto RÖSCH (SPÖ): Landesrat
Emil KUNTNER (SPÖ); Landesrat

IX. Wahlperiode 1969–1974

Andreas MAURER (ÖVP); Landeshauptmann
Siegfried LUDWIG (ÖVP); Landeshauptmannstellvertreter
Hans CZETTEL (SPÖ); Landeshauptmannstellvertreter
Karl SCHNEIDER (ÖVP); Landesrat
Matthias BIERBAUM (ÖVP); Landesrat
Otto RÖSCH; ab 8. Mai 1970 Anna KÖRNER (SPÖ); Landesrat
Leopold GRÜNZWEIG (SPÖ); Landesrat

X. Wahlperiode 1974–1979

Andreas MAURER (ÖVP); Landeshauptmann
Siegfried LUDWIG (ÖVP); Landeshauptmannstellvertreter
Hans CZETTEL (SPÖ); Landeshauptmannstellvertreter
Karl SCHNEIDER (ÖVP); Landesrat
Matthias BIERBAUM (ÖVP); Landesrat
Anna KÖRNER (SPÖ); Landesrätin
Leopold GRÜNZWEIG (SPÖ); Landesrat

XI. Wahlperiode 1979–1983

Andreas MAURER; ab 22. Jänner 1981 Mag. Siegfried LUDWIG (ÖVP); Landeshauptmann
Siegfried LUDWIG; ab 22. Jänner 1981 Dipl.-Ing. Dr. Erwin PRÖLL (ÖVP); Landeshauptmannstellvertreter
Hans CZETTEL (SPÖ); ab 9. Oktober 1980 Leopold GRÜNZWEIG (SPÖ); Landeshauptmannstellvertreter
Karl SCHNEIDER; ab 1. Oktober 1980 Erwin SCHAUER (ÖVP); Landesrat
Matthias BIERBAUM (ÖVP); ab 27. März 1980 Dipl.-Ing. Dr. Erwin PRÖLL; ab 22. Jänner 1981 Franz Blochberger (ÖVP); Landesrat
Dr. Ernest BREZOVSKY (SPÖ); Landesrat
Leopold GRÜNZWEIG; ab 9. Oktober 1980 Ernst HÖGER (SPÖ); Landesrat
ab 9. April 1981: Liese PROKOP (ÖVP); Landesrätin
ab 9. April 1981: Traude VOTRUBA (SPÖ); Landesrätin

XI. Wahlperiode 1983–1988

Mag. Siegfried LUDWIG (ÖVP); Landeshauptmann
Dipl.-Ing. Dr. Erwin PRÖLL (ÖVP); Landeshauptmannstellvertreter

Leopold GRÜNZWEIG; ab 15. Mai 1986 Ernst HÖGER (SPÖ); Landeshauptmannstellvertreter
Erwin SCHAUER; ab 15. Mai 1986
Dkfm. Vinzenz HÖFINGER (ÖVP); Landesrat
Franz BLOCHBERGER (ÖVP); Landesrat
Liese PROKOP (ÖVP); Landesrätin
Dr. Ernest BREZOVSKY (SPÖ); Landesrat
Leopold GRÜNZWEIG; ab 15. Mai 1986
Dr. Franz SLAWIK; Landesrat
Traude VOTRUBA (SPÖ); Landesrätin

XI. Wahlperiode 1988–1993

Mag. Siegfried LUDWIG; ab 22. Oktober 1992 Dipl.-Ing. Dr. Erwin PRÖLL (ÖVP); Landeshauptmann
Dipl.-Ing. Dr. Erwin PRÖLL; ab 22. Oktober 1992 Liese PROKOP (ÖVP); Landeshauptmannstellvertreter
Ernst HÖGER (SPÖ); Landeshauptmannstellvertreter
Dkfm. Vinzenz HÖFINGER (ÖVP); Landesrat
Franz BLOCHBERGER (ÖVP); Landesrat
Liese PROKOP; Landesrätin; ab 22. Oktober 1992 Mag. Edmund FREIBAUER (ÖVP); Landesrat
Dr. Ernest BREZOVSKY; ab 11. Juli 1991 Ewald WAGNER (SPÖ); Landesrat
Josef MOHNL; ab 17. Oktober 1991 Dkfm. Dr. Johann BAUER (SPÖ); Landesrat
Traude VOTRUBA (SPÖ); Landesrätin

XII. Wahlperiode ab 1993

Dipl.-Ing. Dr. Erwin PRÖLL (ÖVP); Landeshauptmann
Liese PROKOP (ÖVP); Landeshauptmannstellvertreter
Ernst HÖGER (SPÖ); Landeshauptmannstellvertreter
Ernest GABMANN (ÖVP); Landesrat
Franz BLOCHBERGER (ÖVP); Landesrat
Mag. Edmund FREIBAUER (ÖVP); Landesrat
Ewald WAGNER (SPÖ); Landesrat
Traude VOTRUBA (SPÖ); Landesrätin
Hans Jörg SCHIMANEK (FPÖ); Landesrat

Biographischer Anhang

BAAR-BAARENFELS, Eduard Major a.D. (1885–1967), CSP

Gutsbesitzer, Rohrbach bei Weistrach
Landeshauptmannstv. 1934
gf. Landeshauptmann 1934–1935

Militärakademie Wr. Neustadt, 1918 als Oberstleutnant pensioniert, 1932 Landesstabschef der Heimwehr, 1934–35 Mitglied des Länderrates und des Bundestages, 1935/36 Bundesminister f. Sicherheit und Inneres, 1936 Vizekanzler, 1936 Obmannstellvertreter des NÖ Bauernbundes, Stv. Kommandant des Österr. Heimatschutzes, 1936–38 österr. Gesandter in Budapest, 1938 zunächst pensioniert, dann entlassen, verhaftet, 1938–41 KZ Dachau, dann dienstverpflichtet.

BACHINGER, Michael (1898–1985), CSP

Bauer, Hohenberg bei Amstetten

Landesrat 1935–1937

Landwirtschaftliche Kurse, 1916–18 Militärdienst, 1922–38 und 1945 Gemeinderat, 1934–1935 Mitglied des Ständischen Landtages, in der NS-Zeit inhaftiert; Ökonomierat, Hauptbezirksparteiobmann, Obmann der Bezirksbauernkammer, Vizebürgermeister von Siedelburg, mehrere Funktionen in landwirtschaftlichen Genossenschaften, 1945–1964 Landtagsabgeordneter.

BARSCH, Leopold, Dr. iur. (1888–1969), CSP

Weinhauer, Langenzersdorf

Landesrat 1927–1931

Landeshauptmannstellvertreter 1931–1932, 1933–1934, 1934–1935

Gymnasium Korneuburg und Stockerau, Universität Wien (Jus), 1913 Promotion, nach Gerichtspraxis 1914 zur Böhm. Eskomptebank in Prag, im Ersten Weltkrieg in russischer Kriegsgefangenschaft (3 Jahre Sibirien), Flucht und Teilnahme an der Piave-Offensive im Juni 1918; Übernahme der elterl. Wirtschaft, 1919 Bürgermeister von Langenzersdorf, Obmann des Landesverbandes der Weinbautreibenden, 1922–27 Vizepräsident der Landes-Landwirtschaftskammer, 1922–1934 Landtagsabgeordneter.

BAUER, Johann, Dkfm. Dr. rer. comm. (geb. 1941), SPÖ

Volkswirtschaftler, Ziersdorf

Landesrat 1991–1993

Handelsakademie, Wirtschaftsuniversität Wien, 1980 Promotion, Kreditprüfer in der Zentralsparkasse, verschiedene Funktionen in der ÖIAG, Lektor an der Wirtschaftsuniversität Wien, SPÖ-Bezirksvorsitzender Hollabrunn, Staatssekretär 1986–1987, 1989–1991 Nationalratsabgeordneter, Landtagsabgeordneter 1979–1983, 1987–1988 sowie seit 1993 (Klubobmann der SPÖ im NÖ Landtag).

BEIRER, Rudolf, Dr. (1871–1951), CSP

Professor, Wiener Neustadt

Landesrat 1922–1932

Gymnasium, Universität Innsbruck, Mittelschulprofessor in Triest, Mähr. Schönau, Waidhofen/Thaya und Wr. Neustadt, Hofrat, 1912 Bürgermeisterstellvertreter in Wiener Neustadt, 1921–1934 Landtagsabgeordneter (1932–1934 3. Präsident), 1920/21 u. 1925–1927 im Bundesrat (1926 Vorsitzender).

BIERBAUM, Matthias (1916–1995), ÖVP

Bauer, Neusiedl/Zaya

Landesrat 1966–1980

Bürgerschule in Poysdorf, Landwirtschaftsschule, 1937–45 Militärdienst und englische Kriegsgefangenschaft, 1950 Bezirksbauernkammerrat in Zistersdorf, 1955 Landeskammerrat, 1960–90 Bürgermeister von Neusiedl/Zaya, 1960 Vizepräsident der Landeslandwirtschaftskammer, 1970–85 Präsident, 1966–1991 Landesjägermeister, 1966–1969 Landtagsabgeordneter.

BLOCHBERGER, Franz (geb. 1942), ÖVP

Bauer, Königsegg

Landesrat 1981–

Landwirtschaftliche Berufsschule und Fachschule, Landwirtschaftsmeister, 1970 Übernahme des elterl. Betriebes, 1969–1981 Landtagsabgeordneter.

BRACHMANN, Hans (1891–1969), SPÖ

Hauptschullehrer, Zwentendorf

Mitglied des Prov. Landesausschusses 17.7.1945–12.12.1945

Landesrat 1949–1957

Zwei Klassen Bürgerschule in Tulln, Lehrerbildungsanstalt St. Pölten, 1914 Lehrbefähigung für den Unterricht an Volksschulen, 1914–18 Militärdienst, 1917 Lehrbefähigung für den Unterricht an Bürgerschulen, Niederösterreichische Lehrerbildungsakademie (einige Semester Nationalökonomie), 1923 Bürgermeister von Zwentendorf, 1926/27 im Bundesrat, 1927–1934 Nationalratsabgeordneter, 1934 verhaftet (6 Monate), Lehrer, 1934 zwangspensioniert, 1939–44 Militärdienst, nach 1945 Mitglied Landesparteivorstandes und des Bundesparteivorstandes, Vizepräsident des Niederösterreichischen Landesschulrates, 1945–1961 Bürgermeister von Zwentendorf, 1945–1949 Abgeordneter zum Nationalrat, 1949–1957 Landtagsabgeordneter.

BREZOWSKY, Ernest, Dr. (geb. 1927), SPÖ

Bundesbeamter, Untersiebenbrunn

Landesrat 1979–1991

Gymnasium Horn, nach Unterbrechung durch Kriegsdienst in Wien abgeschlossen, Universität Wien (Jus, Werkstudent), 1952 Eintritt in das Bundesministerium für soziale Verwaltung, stellvertretender Landesparteivorsitzender, 1964–1979 Landtagsabgeordneter (1971–79 Klubobmann), 1975 Vizebürgermeister, 1978–80 Bürgermeister in Gänserndorf, Bezirksparteivorsitzender.

BURESCH, Karl, Dr. (1878–1936), CSP

Rechtsanwalt, Groß-Enzersdorf

Landeshauptmann 1922–1931, 1932, 1932–1933

Gymnasium in Wien/Döbling, Universität Wien, 1901 Promotion, Rechtsanwalt in Groß-Enzersdorf, 1909 Gemeinderat, 1916–1919 Bürgermeister, 1919/20 Mitglied der konstituierenden Nationalversammlung, 1920–1934 Abgeordneter zum Nationalrat (1929–33 Obmann des christlich-sozialen Abgeordnetenklubs), 1921–1927 Landtagsabgeordneter, 1931–1932 Bundeskanzler, 1925–32 Aufsichtsratsvorsitzender der NEWAG, 1933–1935 Bundesminister f. Finanzen, 1935/36 Minister ohne Portefeuille, 1936 Gouverneur der Postsparkasse.

CHRISTOPH, Franz (1877–1946), SDAP

Bahnoberrevident, Maria Enzersdorf

Landeshauptmannstellvertreter 1921–1927

Lehrerbildungsanstalt Wr. Neustadt, Fachkurse für Verwaltung und Statistik an der HAK Wien, 1897–1899 Lehrer in Stixneusiedl, ab 1900 Bahnbeamter, 1920–1921 sowie 1927–1931 im Bundesrat, 1921–1927 Landtagsabgeordneter.

CZETTEL, Hans (1923–1980), SPÖ

Maschinenschlosser, Angestellter, Ternitz

Landeshauptmannstellvertreter 1969–1980

Volksschule, Hauptschule, Schlosserlehre anschließend Werkmeisterschule, 1942–45 Militärdienst, schwer verwundet; Sozialakademie, 1946 Firma Schoeller & Bleckmann in Ternitz (1961 Obmann des Zentralbetriebsrates), 1948 Beitritt zur SPÖ, Bezirksobmannstellvertreter der SPÖ, 1955–60 Gemeinderat, 1953–1969 Nationalratsabgeordneter (Klubobmannstellvertreter), 1964–1966 Bundesminister für Inneres, 1968 Landesparteivorsitzender, 1969 Landtagsabgeordneter, Klubobmann.

FIGL, Leopold, DDDr. h.c. Dipl.-Ing. (1902–1965), ÖVP

Agraringenieur, Bauernbunddirektor, Rust im Tullnerfeld

Landeshauptmann 1.5.1945–15.10.1945, 1962–1965

Gymnasium in St. Pölten, Hochschule für Bodenkultur in Wien, Direktor des Niederösterreichischen Bauernbundes, 1934–1938 Mitglied des Österreichischen Bundeswirt-

schaftsrates, 1935 Reichsbauernbunddirektor, 1938–1943 in mehreren Konzentrationslagern interniert, 1943 Bauingenieur bei einer niederösterreichischen Baufirma, 1944–1945 unter Hochverratsanklage, Mitbegründer der ÖVP, 1945–1951 Bundesparteiobmann, 1945 Staatssekretär ohne Portefeuille, dann 1945–1953 Bundeskanzler, 1945–1965 Abgeordneter zum Nationalrat (1959–1962 Erster Präsident), 1953–1959 Außenminister, 1959–1965 Landesparteiobmann, 1962–1964 auch Klubobmann.

FREIBAUER, Edmund, Mag. (geb. 1937), ÖVP

AHS-Direktor, Mistelbach
Landesrat 1992–1998

Gymnasium Gänserndorf, Universität Wien (Mathematik, Physik), ab 1960 AHS-Lehrer in Wiener Neustadt, Gänserndorf, Mistelbach, 1977 AHS-Direktor, 1975–1989 Bürgermeister von Mistelbach, 1979–1992 und seit 1998 Landtagsabgeordneter (1998 Klubobmann).

GABMANN, Ernest (geb. 1949), ÖVP

Geschäftsführer, Schrems
Landesrat 1992–

Untergymnasium, Handelsschule, ab 1967 kfm. Angestellter, 1984 Eintritt in den elterlichen Betrieb, gf. Gesellschafter bis zum Eintritt in die NÖ Landesregierung, 1988–1992 Landtagsabgeordneter.

GENNER, Laurenz (1894–1962), KPÖ

Redakteur, Groß-Siegharts
Landesrat 1945–1949
Landesrat („beratendes Mitglied“) 1949–1954

Pflichtschulen, 1917–1924 Redakteur der „Arbeiter-Zeitung“, Schriftsteller, Landwirt, 1932–1934 Abgeordneter zum Nationalrat, 1934 Haft und dann bei den Revolutionären Sozialisten aktiv, 1938 Wechsel zur Kommunistischen Partei, 1938–1940 Haft, dann ins Ausland geflüchtet, 1945 Unterstaatssekretär im Staatsamt für Land- und Forstwirtschaft, 1945–1954 Landtagsabgeordneter 1946–1954 Mitglied des Politbüros und des Zentralkomitees der KPÖ, 1956 Austritt aus der KPÖ.

GRÜNZWEIG, Leopold (geb. 1923), SPÖ

Hauptschullehrer, Sieghartskirchen
Landesrat 1969–1980
Landeshauptmannstellvertreter 1980–1986

Hauptschule Tulln, Lehrerbildungsanstalt St. Pölten, 1942–1946 Militärdienst und englische Kriegsgefangenschaft, 1947 Lehrbefähigungsprüfung für Volksschulen, 1950 Lehrbefähigungsprüfung für Hauptschulen, 1951 Hauptschullehrer, 1955–1976 Gemeinderat (1970–1972 auch Bürgermeister) von Sieghartskirchen, 1959–1969 Landtagsabgeordneter, 1960–1969 Vorsitzender des Verbandes NÖ Volkshochschulen, 1963–1969 Vizepräsident des Landesschulrates, 1969 Hauptschuldirektor in Sieghartskirchen, 1980 Landesparteivorsitzender, 1985 Ehrenvorsitzender der SPÖ NÖ.

HALLER, Johann (1883–1949), CSP-ÖVP

Gastwirt und Bauer, Sollenau
Landesrat 1933–1934, 1934–1938, 1945–1949

Gastgewerbelehre, im Ersten Weltkrieg in russischer Kriegsgefangenschaft, nach der Rückkehr Niederlassung in Sollenau, 1932–1934 Landtagsabgeordneter, 1938 verhaftet.

HARTMANN, Eduard, Dipl.-Ing. (1904–1962), ÖVP

Bauernbunddirektor, Agrarpolitiker, Laxenburg
Landeshauptmann 1965–1966

Humanistisches Gymnasium, Hochschule für Bodenkultur in Wien, 1946–1966 Direktor des NÖ Bauernbundes, Kammeramtsdirektorstellvertreter, Hauptreferent für Agrarpolitik in der Bundesparteileitung der ÖVP, Generalanwalt für das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen, 1959–1964 Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, 1965–1966 Landesparteiobmann, 1965–1963 Abgeordneter zum Nationalrat.

HEITZINGER, Johann (1879–1947), CSP

Lokomotivführer, St. Pölten
Landesrat 1934–1938

Bürgerschule, Gewerbeschule, 1896 Eintritt in den Dienst der k.k. Staatsbahnen (Schlossergehilfe, Lokomotivführer, Maschinenmeister), 1920–1934 Abgeordneter zum Nationalrat.

HELMER, Oskar (1887–1963), SDAP-SPÖ

Schriftsetzer, Redakteur, Wiener Neustadt
Landesrat 1921–1927

Landeshauptmannstellvertreter 1927–1934, 1.5.–12.12.1945

Schriftsetzerlehre, Redakteur in Leipzig, Wiener Neustadt und Wien; 1914–19 Militärdienst und Kriegsgefangenschaft, 1919 Landessekretär der SDAP, 1921–1934 Landtagsabgeordneter, 1934–35 in Haft, ab 1935 im Versicherungswesen tätig, 1938–44 mehrmalige Gestapohaft, 1945–1959 Abgeordneter zum Nationalrat, 1945 Unterstaatssekretär im Staatsamt für Inneres, 1945–1959 Bundesminister für Inneres, 1945–57 Landesparteivorsitzender, 1945–59 Vorsitzender-Stellvertreter des Parteivorstandes der SPÖ, 1959 Präsident der Österreichischen Länderbank.

HILGARTH, Josef (1898–1975), ÖVP

Bezirksschulinspektor, Mistelbach
Landesrat 1963–1964

Lehrerbildungsanstalt in Wien, Volksschullehrer in Erlaa und Hürm, Bürgerschullehrer in Atzgersdorf, 1934–1938 Bürgermeister von Atzgersdorf, 1938 verhaftet und für „wehrunwürdig“ erklärt, 1949–1964 Landtagsabgeordneter, (1957–1963 Obmann des Finanzkontrollausschusses, 1962–1964 Klubobmann), Landes- und Bundesobmann der Lehrersektion des ÖAAB.

HÖFINGER, Vinzenz, Dkfm. (geb. 1928), ÖVP

Kaufmann, St. Pölten
Landesrat 1986–1992

1948 Matura, Hochschule für Welthandel, 1952 Diplomkaufmann, 1954 Eintritt in den väterlichen Betrieb. 1960–1979 Gemeinderat, 1980–1986 Präsident der NÖ Handelskammer, dann Vizepräsident, 1985 Obmann des NÖ Wirtschaftsbundes, 1975–1988 Landtagsabgeordneter.

HÖGER, Ernst (geb. 1945), SPÖ

Landessekretär der Gewerkschaft Metall, Bergbau, Energie NÖ, Berndorf
Landesrat 1980–1986
Landeshauptmannstellvertreter 1986–

Hauptschule, Werkzeugmacherlehre, 1965 Betriebsrat, 1970 Bezirkssekretär der Gewerkschaft Metall, Bergbau, Energie; 1972–84 Gemeinderat bzw. Stadtrat, 1978 Landessekretär, 1979–1980 Landtagsabgeordneter, 1983 Vorsitzender der Landesexekutive des ÖGB NÖ, 1985 Landesparteivorsitzender und stv. Bundesparteivorsitzender.

JAX, Anton (1870–1932), CSP

Wirtschaftsbesitzer, Waidhofen an der Ybbs
Landesrat 1921–1927

Volks-, Unterreal- und Handelsschule, Techniker für Mühlenbau in Deutschland, 1921–1932 Landtagsabgeordneter, 1927–32 Kurator der NÖ Landeshypothekenanstalt.

KAMPITSCH Julius (1900–1974), Großdeutsche Volkspartei – NSDAP

Hotelier, Payerbach

Landesrat 1934–1935

Landeshauptmannstellvertreter 1935–1938

Gymnasium in Seitenstetten, Hotelbesitzer, Hausverwalter, 1927 Organisator des Steirischen Heimatschutzes im niederösterreichischen Industrie- und Semmeringgebiet, 1930 Landesleiter des Heimatschutzes in Niederösterreich, Vizepräsident des Österreichischen Gewerbebundes, Bundesinnungsmeister des Gastgewerbes, 1932–1934 Abgeordneter zum Nationalrat, 1937 wurde seine Mitarbeit bei der NSDAP bekannt, doch verhinderte Bundeskanzler Schuschnigg seine Entlassung aus der Landesregierung; Parteiverfahren – rehabilitiert 1942, Volksgerichtsprozeß: 1946 zu 20 Jahren Kerker verurteilt, 1949 begnadigt und nach einjähriger Verwahrungshaft freigelassen, 1951 Sekretär der Handelskammer.

KARGL, August, Ing. (1898–1960), ÖVP

Baumeister, Langenlois

Landesrat 1937–1938

Mitglied des Prov. Landesausschusses 1945

Landeshauptmannstellvertreter 1945–1960

Realschule, Staatsgewerbeschule Wien, 1916–1919 Militärdienst und italienische Kriegsgefangenschaft, Baumeisterprüfung, 1924 Gemeinderat, 1934–1937 Gewerbevertreter im Ständischen Landtag, 1938 KZ Dachau, 1939–41 Militärdienst, 1944 neuerlich Haft, 1945–1960 Landtagsabgeordneter, 1946–54 Präsident der Handelskammer NÖ.

KÖRNER, Anna, geb. Schwarzmüller, verw. Pinkernell (geb. 1919), SPÖ

Kaufm. Angestellte, Haushalt, Gmünd

Landesrat 1970–1979

1944 Ehemann gefallen, 1950–1970 Gemeinderat bzw. Stadtrat, 1954–1970 Landtagsabgeordnete (1969–1970 Zweite Präsidentin); erste Frau in der NÖ Landesregierung.

KUNTNER, Emil (geb. 1902), SPÖ

Lehrer, Hohenau

Landesrat 1960–1969

Bürgerschule in Wien – Stadlau, Lehrerbildungsanstalt Wr. Neustadt, Hauptschullehrer in Bruck/Leitha und Hohenau, 1934 verhaftet, 1950–1967 Vizebürgermeister bzw. Bürgermeister von Hohenau, 1954–1964 Landtagsabgeordneter, 1957–1960 Kurator der Landeshypothekenanstalt.

LEOPOLD, Josef (1889–1941), NSDAP

Berufsoffizier, Krems an der Donau

Landesrat 1932–1933

Obst- und Weinbauschule Langenlois, 1910 Militärdienst, diverse Kurse, zuletzt Stabsfeldwebel, 1919 zum Volkswehrleutnant gewählt, 1920 in das Bundesheer übernommen, 1922–1923 Offiziersschule Wien, August 1927 Gauleiter der Hitlerbewegung in NÖ, 1931 Hauptmann, August 1933 zeitlicher Ruhestand, 1.3.1938 als Major reaktiviert, 1941 vermutlich gefallen, 1932/33 Landtagsabgeordneter.

LIST, Karl (1854–1939), CSP

Landwirt, Groß-Weikersdorf

Mitglied der gem. Landesregierung Wien-Niederösterreich 1920–1921

Landwirt, 1880 Gemeinderat, 1895–1909 Bürgermeister, Präsident des NÖ Landeskulturates, 1907–18 Reichsratsabgeordneter, 1918/19 Mitglied der Prov. Nationalversammlung.

lung, 1919 Mitglied der Konstituierenden Nationalversammlung, 1921–1927 Landtagsabgeordneter, 1927–1932 Bundesrat.

LUDWIG, Siegfried, Mag. (geb. 1926), ÖVP

Landesbeamter, Perchtoldsdorf

Landesrat 1968–1969

Landeshauptmannstellvertreter 1969–1981

Landeshauptmann 1981–1992

Mittelschule in Znaim, ab 1943 Kriegsdienst, 1944 Matura, 1945–1946 Militärdienst und in sowjetischer Kriegsgefangenschaft, 1946–1947 Angestellter bei der ÖMV, anschließend bis 1952 bei der Kammer der Gewerbl. Wirtschaft, gleichzeitig Werkstudent an der Universität Wien (Rechts- und Staatswissenschaften), 1954 Eintritt in den NÖ Landesdienst, 1957 in die Personalvertretung (1965–1968 deren Obmann), 1964–1969 Landtagsabgeordneter, 1965 Übersiedlung nach Perchtoldsdorf, dort 1975–1981 Bürgermeister, 1978–1980 Landesobmann des ÖAAB, 1980–1992 Landesparteiobmann, 1986 Initiator der Volksbefragung betreffend Landeshauptstadt St. Pölten

MAURER, Andreas (geb. 1919), ÖVP

Bauer, Trautmannsdorf

Landesrat 1964–1966

Landeshauptmann 1966–1981

Landwirtschaftliche Fachschule, Obmann des Ortsbauernrates, 1951–1956 Gemeinderat, 1962–1970 Obmannstellvertreter des NÖ Bauernbundes, 1970–1989 Obmann des NÖ Bauernbundes, 1959–1964 Landtagsabgeordneter, 1967–1975 gf. Landesparteiobmann, 1975–80 Landesparteiobmann, diverse Funktionen in landwirtschaftlichen und bäuerlichen Organisationen, Ehrenbürger von etwa 60 Gemeinden.

MAYER, Johann (1858–1941), CSP

Wirtschaftsbesitzer, Bockfließ

Landeshauptmann 1921–1922

Müllerlehre, Handelsschule, Gemeinderat in Großengersdorf, ab 1890 Landtagsabgeordneter, 1897–1919 Abgeordneter zum Reichsrat, 1902 Mitglied des Landesausschusses, Präsident des Landeskulturrates, setzte den Bau der Bahnlinie Floridsdorf–Stammersdorf–Auersthal durch, 1918/19 Mitglied der Provisorischen u. 1919 der Konstituierenden Nationalversammlung, 1921–1922 Landtagsabgeordneter, 1920–1922 Bundesrat (1921/22 Vorsitzender), Ehrenbürger von 169 Gemeinden.

MITTERMANN, Viktor, Dr. (1878–1938), GD-CSP

Gymnasiallehrer, Krems

Landesrat 1927–1932

Theresianum, Universität Wien, ab 1904 Mittelschulprofessor in Wien, Gablonz und Krems; 1908–14 Gemeinderat, im Ersten Weltkrieg Militärdienst, als sich in der Großdeutschen Partei 1932 die radikalen Elemente durchsetzten: Übertritt zur CSP bzw. zum Bauernbund, 1921–1932 Landtagsabgeordneter (1923–1927 3. Präsident), 1938 Tod im KZ Dachau.

MÖDLAHL, Otto, Dipl.-Ing. (1899–1974), KPÖ

Bauingenieur, Wien

Landeshauptmannstellvertreter 1.5.1945–15.10.1945

Technische Hochschule Wien, unterbrochen 1917–1918 durch Militärdienst, Obmann der Sozialistischen Studenten, 1924 Dipl.-Ing., später Journalist, 1931 als Bezirksparteisekretär der SDAP nach Neusiedl/See geschickt, 1934 Übertritt zur KPÖ, 1935 drei Monate Haft, Arbeit in einem Ingenieurbüro in Wien, 1945 Arbeit am Wiederaufbau der KPÖ. Nach Wiedererrichtung des Burgenlandes aus der NÖ Landesregierung ausgeschieden und Eintritt in die Burgenländische Landesregierung als Landeshaupt-

mannstv. bis 4.1.1946, Nov. 1945–4.11.1949 einziger kommunistischer Abgeordneter des Burgenlandes, trotzdem 3. Präsident des Bgl. Landtages, 1945–46 Landesparteivorsitzender, 1945 Unterstaatssekretär für öffentliche Bauten, 1946 selbständiger Vermessungsingenieur, volkskundl. Forschungen, starb bei Verkehrsunfall.

MOHNL, Josef (1945–1991), SPÖ
Hauptschullehrer, Zwentendorf
Landesrat 1988–1991

Bundeslehrerbildungsanstalt in St. Pölten, 1964 Reifeprüfung für das Lehramt an Volksschulen, 1967–1969 Volksschullehrer, 1969 Hauptschullehrer in Zwentendorf, 1982–1986 Bundesrat, 1983–1991 Bürgermeister von Zwentendorf, 1986–1991 Landtagsabgeordneter (1987/1988 Klubobmann), tödlich verunglückt (Verkehrsunfall).

MÜLLNER Viktor (1902–1988), ÖVP
Fachlehrer, Hinterbrühl
Landesrat 1949–1960
Landeshauptmannstellvertreter 1960–1963

Bürgerschule, Lehrerbildungsanstalt, Fachstudium in Physik und Mathematik, 1927 nach St. Pölten und in der christlichen Arbeiterbewegung tätig, 1934–1938 Vizebürgermeister von St. Pölten, 1938–1942 KZ Dachau, später nach Wien übersiedelt und in der Österr. Widerstandsbewegung tätig. 1945–1953 Abgeordneter zum Nationalrat, 1953/54 Bundesrat, 1945–1968 Landesobmann des ÖAAB, 1954–1959 Landtagsabgeordneter, 1963 Generaldirektor der NEWAG, 1966 nach einem Rechnungshofbericht abberufen, 1968 Prozeß und Parteiausschluß; die *Müllner-Affäre* war Gegenstand emotionaler Landtagsdebatten und eine Zeit lang auch ein beherrschendes Thema der österreichischen Innenpolitik.

PALME, Josef (1859–1935), SDAP
Privatbeamter, Hadersdorf-Weidlingau
Landesrat 1921–1927

Fortbildungsschule für Glas und Keramik, ab 1881 in einer Fächerfabrik in Wien, ab 1899 wohnhaft in Hadersdorf-Weidlingau, dort Gemeinderat und 2 Jahre Bürgermeister, 1921–1927 Bundesrat, 1927–1932 Landtagsabgeordneter.

PODRATZKY, Karl (1895–?), KPÖ
Angestellter, St. Pölten
Mitglied der Prov. Landesausschusses 17.7.1945–12.12.1945

Volksschule, dann Übersiedlung nach Linz, Angestellter, 1915–1918 Militärdienst, 1923 nach Waidhofen/Ybbs, später nach Amstetten und St. Pölten versetzt, 1934 verhaftet und pensioniert, 1935 Übertritt zur KPÖ, 1938 verhaftet, dann als Krankenkassenangestellter wieder eingestellt, 1942 verhaftet.

POPPE, Franz (1891–1981), SPÖ
Lehrer, Hohenau
Landeshauptmannstellvertreter 1945–1960

Bürgerschule Zistersdorf, Lehrerbildungsanstalt Wr. Neustadt, 1911 Matura, Eintritt in den Schuldienst, 1914–1918 Militärdienst (Oberleutnant), Volksschullehrer: Leobersdorf, Berndorf, Pottenstein, Weißenbach an der Triesting, Gainfarn, Günselsdorf, Traiskirchen, Hohenau (1947 Volksschuldirektor); 1921–1934 Landtagsabgeordneter, 1921–1934 Bürgermeister von Hohenau, 1923 Mitbegründer der Freien Lehrgewerkschaft Österreichs und 1945 des Sozialistischen Lehrervereins. Von Februar bis April 1934 inhaftiert, von 1934 bis 1938 unter Polizeiaufsicht und 1938/39 Gestapo-Untersuchung, 1945 Mitglied des Prov. Landesausschusses, 1945–1960 Landtagsabgeordneter, Zentralsekretär der SPÖ, 1956–60 Landesparteivorsitzender, Klubobmann, Ehrenringträger des Bundeslandes Niederösterreich.

PRADER, Georg (1880–1942), CSP

Professor am Landeslehrerseminar, St. Pölten

Landesrat 1932–1938

Gymnasium Linz-Urfahr, Universität Wien (Germanistik), 1906 Professor in St. Pölten, 1914–1918 Militärdienst, Vizebürgermeister von St. Pölten, 1921–1934 Landtagsabgeordneter (1921–1923 3. Präsident; 1927–1932 Obmann des Finanzkontrollausschusses), 1934–1938 Vertreter Niederösterreichs im Länderrat, 1939 unter Kürzung der Bezüge pensioniert.

PROKOP Liese (geb. 1941), ÖVP

Hausfrau, Maria Enzersdorf

Landesrätin 1981–1992

Landeshauptmannstv. ab 1992

Gymnasium (Matura), Leichtathletik-Spitzensportlerin (50fache österr. Meisterin in verschiedenen Disziplinen, 1967 Akademische Weltmeisterin, 1968 Silbermedaille bei Olympiade in Mexiko, 1969 Weltrekord im Fünfkampf), 1969–1981 Landtagsabgeordnete, 1992 als erste Frau in NÖ Landeshauptmannstellvertreterin.

PRÖLL, Erwin, Dipl.-Ing. Dr. (geb. 1946), ÖVP

Agrarökonom, Radlbrunn

Landesrat 1980–1981

Landeshauptmannstellvertreter 1981–1992

Landeshauptmann ab 1992

Gymnasium, Hochschule für Bodenkultur, 1972 Berufseintritt beim Österr. Bauernbund, 1992 Landesparteibmann.

REITHER, Josef (1880–1950), CSP-ÖVP

Wirtschaftsbesitzer, Langenrohr

Landeshauptmannstv. 1925–1931, 1932–1933

Landeshauptmann 1931–1932, 1933–1938, 1945–1949

Dreiklassige Volksschule, Übernahme der elterlichen Wirtschaft, 1912–1924 Bürgermeister, 1921–1934 Landtagsabgeordneter, 1922 Vizepräsident der Landeslandwirtschaftskammer, 1925 Präsident, bald danach auch Präsident der NÖ Brandschaden Versicherung AG, Vorstandsmitglied des österr. Bauernbundes, 1934/35 Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, 1935–1938 Vertreter Niederösterreichs im Länderrat, 1938–1941 KZ Dachau, 1944–1945 KZ Ravensbrück, 1945–1949 auch Klubobmann, 1946–49 Vorsitzender der Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammer.

RESCH, Roman (1922–1976), ÖVP

Arbeiter, Krems

Landesrat 1964–1967

Hauptschule, Maschinenschlosserlehre, 1941–1945 Militärdienst (Marine), 1946 Eintritt in die NEWAG, Aufbau der Betriebsorganisation des ÖAAB, 1955 Zentralbetriebsratsobmann, 1960–1967 Landtagsabgeordneter.

RÖSCH, Otto (1917–1995), SPÖ

Angestellter, Krustetten

Landesrat 1966–1970

Matura in der Bundeserziehungsanstalt Traiskirchen, Studium (Rechtswissenschaften und Philosophie) an den Universitäten Wien und Graz, Angestellter, 1940–1945 Militärdienst und amerikanische Kriegsgefangenschaft, Juli 1949 Sekretär im steirischen Bezirk Deutschlandsberg, Landessekretär des Verbandes sozialistischer Gemeindevertreter in der Steiermark, Jänner 1958 Sekretär der Zentralstelle für Landes- und Gemeindepolitik beim Verband der SPÖ in Wien, Funktionen in sozialistischen Jugendorgani-

sationen, 1951–1953 Bundesrat, 1956–1959 Abgeordneter zum Steiermärkischen Landtag, 1959–1966 Landtagsabgeordneter (NÖ), 1959–1966 Staatssekretär im Bundesministerium für Landesverteidigung, 1970–1977 Bundesminister für Inneres, 1971–1983 Abgeordneter zum Nationalrat, 1977–1983 Bundesminister für Landesverteidigung, 1983–1991 Präsident des Pensionistenverbandes Österreichs.

SCHARMITZER, Leopold (1882–1944), CSP

Landwirt, Gänserndorf
Landesrat 1931–1932

Landwirtschaftliche Lehranstalt Feldsberg (heute in Mähren), 1902 Übernahme der elterlichen Wirtschaft, 1919–1929 Bürgermeister, 1921–1934 Landtagsabgeordneter, 1935–1936 Gemeinderat, 1926–1938 Obmann des NÖ Rübenbauernbundes und 1927–1938 des Verbandes ländlicher Genossenschaften in NÖ, 1934 Ehrenbürger von Lasee und Gänserndorf (1938 widerrufen), 1938 verhaftet.

SCHAUER, Erwin (geb. 1927), ÖVP

Dachdeckermeister und Kaufmann, Markt Piesting
Landesrat 1980–1986

Ingenieurschule für Maschinenbau in Wiener Neustadt, Dachdeckerlehre, 1949 Meisterprüfung, selbständig (1950 Betrieb in Pernitz und Markt Piesting); Kommerzialrat, 1974 Hauptbezirksgruppenobmann des Österreichischen Wirtschaftsbundes Wiener Neustadt, 1976 Obmannstellvertreter der Landesgruppe Niederösterreich des ÖWB, 1976 Mitglied der Landesparteilitung, 1955–1965 Gemeinderat, 1960–1975 Landesinnungsmeister der Dachdecker und Pflasterer für Niederösterreich, 1965–1975 Bundesinnungsmeister der Dachdecker und Pflasterer 1978–1980 Abgeordneter zum Nationalrat.

SCHIMANEK, Hans Jörg (geb. 1940), FPÖ

Journalist, Schiltern
Landesrat 1993–

Gymnasium, Journalist, bei verschiedenen Zeitungen und im ORF tätig, 1990–1992 Stadtrat in Langenlois.

SCHNEIDER, Karl (geb. 1918), ÖVP

Kaufmann, Bruck/Leitha
Landesrat 1969–1980

Handelsakademie in Wien, 1938–1946 Militärdienst und amerikanische Kriegsgefangenschaft, Kaufmann, 1948 Übernahme des väterlichen Eisen- und Brennstoffhandels, 1957 Mitglied des gewerbl. Berufsschulrates, 1960 Obmann der Sektion Handel, 1960–1978 Stadtrat, diverse Kammerfunktionen, 1961–1969 Landtagsabgeordneter, 1965 Vizepräsident der NÖ Handelskammer, 1970–1977 Bezirksparteiobmann, 1972 Landesgruppenobmann des Wirtschaftsbundes der ÖVP.

SCHNEIDMADL, Heinrich (1886–1965), SDAP-SPÖ

Redakteur, St. Pölten
Landesrat 1927–1934, 1945–1949

Bürgerschule, Arbeiterschule in Wien, Parteischule in Bodenbach, Schriftsetzerlehre, Redakteur („Arbeiter-Zeitung“), in der SDAP aktiv ab 1904, 1914–1918 Militärdienst, gründete 1918 die Zeitung *Volkswacht* in St. Pölten, Vorsitzender der sozialdem. Kreisorganisation im Viertel ober dem Wienerwald, Vizebürgermeister und Gemeinderat von Stattersdorf, 1919/20 Mitglied der Konstituierenden Nationalversammlung, 1920–1927 Nationalratsabgeordneter, mehrmals wegen Übertretung des Versammlungsgesetzes und des Kolportageverbotes vorbestraft, Landtagsabgeordneter 1927–1934, 1934 Haft, Anhaltelager Wöllersdorf, 1938 und 1944 verhaftet, 1945 Unterstaatssekretär im Staatsamt für öffentliche Bauten, 1945 Chefredakteur der *Arbeiter-Zeitung*, Vizepräsident der NEWAG, Vizepräsident des Roten Kreuzes NÖ.

SÉGUR-CABANAC August (1881–1931), CSP

Bezirkshauptmann, Mödling

Landesrat 1921–1922

Theresianum, Universität Wien (Jus), 1906 Stadthaltereibeamter, 1914 Dienst bei der Bezirkshauptmannschaft Mödling, 1917 Beauftragter für das Ernährungswesen in NÖ, 1918–1921 Bezirkshauptmann, Gemeinderat, 1920 Abgeordneter zum Nationalrat, 1921–1924 Landtagsabgeordneter, 1922 als Finanzminister mit der Vorbereitung der Völkerbundanleihe befaßt, 1923–1927 Präsident des Dorotheums, 1925–1931 Kurator des Theresianums.

SLAWIK, Franz Dr. (1936–1993), SPÖ

Mittelschuldirektor, Schwechat

Landesrat 1986–1988

Bundesgymnasium Berndorf, Universität Wien (Deutsch, Philosophie, Leibestübungen), 1971 Promotion *sub auspiciis praesidentis*, 1959–1972 Professor in Krems; 1972 Direktor in Schwechat, 1977–1980 Direktor des Dr. Karl Renner Institutes, 1982–1986 sowie 1988–1991 Landtagsabgeordneter (1988–1991 Klubobmann).

STEINBÖCK, Johann (1894–1962), ÖVP

Bauer, Frauenhofen

Landesrat 1934–1938, 1945–1949

Landeshauptmann 1949–1962

Ackerbauschule Tulln, 1914–1916 Militärdienst, schwer verwundet und im Austausch aus russischer Kriegsgefangenschaft zurückgekehrt, 1924 Gemeinderat in Frauenhofen, 1928 Bezirksbauernratsobmann, 1928–1938 und 1945–1946 Bürgermeister, 1932–1934 Landtagsabgeordneter, 1934–1938 Mitglied des Ständischen Landtages, 1950–1962 NÖ Bauernbundobmann, 1949–62 auch Klubobmann.

STIKA, Felix (1887–1971), SPÖ

Werkzeugmacher, Baden

Landesrat 1945–1960

Bürgerschule, Gewerbeschule, Werkzeugschlosserlehre, Tätigkeit in verschiedenen Wiener Betrieben, Verwaltung der Zeitung *Volkstribüne*, beschäftigt in der Patronenfabrik Hirtenberg, Metallwerke Enzesfeld, Werkzeugmacher, 1925 Bezirksparteisekretär, Leiter der sozialdemokratischen Organisation des Triestingtales, 1918 Bürgermeister von Hirtenberg, 1918–1934 Mitglied im Zentralvorstand der österr. Metallarbeiter, 1919/20 in der Konstituierenden Nationalversammlung 1920–1934 im Nationalrat, 1934–1935 in Haft, 1944 verhaftet, 1945–1949 Mitglied des Bundespartei Vorstandes der SPÖ, 1945–1949 Nationalrat, 1949–1960 Landtagsabgeordneter.

STURM, Josef (1885–1944), CSP

Priester, Direktor des NÖ Bauernbundes, Haag

Landeshauptmannstellvertreter 18.5.–15.12.1933

Stiftsgymnasium Seitenstetten, Theologiestudium, 1908 Priesterweihe, Tätigkeit in mehreren Pfarren; Studium der Volkswirtschaft, Mitglied der gemeinsamen Landesregierung Niederösterreich–Wien, 1920–1932 Bundesrat, 1918–1933 NÖ Bauernbunddirektor; danach wieder in der Seelsorge tätig.

VOTRUBA, Traude (geb. 1942), SPÖ

Hausfrau, Felixdorf

Landesrat 1981–

Höhere Bundeslehranstalt für wirtschaftliche Frauenberufe in Baden, 1960 Matura, Hotelsekretärin, 1961 Eintritt in den Bundesdienst beim Landesarbeitsamt Niederösterreich in Wien, 1963–1971 Berufsberaterin beim Arbeitsamt Wiener Neustadt, 1970–1985 Gemeinderat, 1979–1981 Bundesrat.

WAGNER, Ewald (geb. 1941), SPÖ

Angestellter, Stockerau

Landesrat 1991–

Haupt- und Handelsschule, 1957–1969 Industrieangestellter, 1970 Bezirksparteisekretär und Gemeinderat, 1972 Stadtrat, 1979–1991 Landtagsabgeordneter, 1980–1985 Einsatzleiter der NÖ Volkshilfe, 1984–1985 Vizebürgermeister von Stockerau, 1985–1991 Landesparteisekretär.

WALTNER, Johann (1900–1987), ÖVP

Bauer, Altenwörth/Donau

Landesrat 1949–1964

1924 Ortsbauernratsobmann, 1925 Übernahme des elterlichen Betriebes, 1929–1938 und 1945–1970 Bürgermeister von Altenwörth, im Bezirksschulrat und Straßenausschuß Tulln sowie im Genossenschaftswesen tätig; Obmann der Bezirksbauernkammer, 1938 verhaftet, 1939–1940 Militärdienst, 1945–1960 Landtagsabgeordneter, 1947–1949 Obmann des Verbandes der Gemeindevertreter der ÖVP.

WENGER, Emmerich (1902–1973), SPÖ

Landessekretär des Gewerkschaftsbundes, Felixdorf

Landesrat 1957–1966

Haupt- und Handelsschule, 1923 Bediensteter der Gemeinde Wien, 1938 KZ Dachau, von dort 1944 eingerückt, 1947 aus russischer Kriegsgefangenschaft zurückgekehrt und ÖGB Landessekretär, 1949–1960 Landtagsabgeordneter.

WIDMAYER, Heinrich (1891–1977), SPÖ

Landarbeitersekretär, Deutsch-Wagram

Mitglied des Provisorischen Landesausschusses 1945

Metalldreherlehre, Wanderschaft, Siemens-Schuckert-Werke in Wien-Leopoldau; Landessekretär des Österreichischen Land- und Forstarbeiterverbandes für Wien, Niederösterreich und das Burgenland, Bürgermeister von Deutsch Wagram, 1932–1934 Landtagsabgeordneter, 1934–44 siebenmal in Haft, Anhaltelager Wöllersdorf, KZ Theresienstadt, 1945–1956 Abg. zum Nationalrat.

WIMMER, Elias (1889–1949), ÖVP

Landwirt, Oggau

Mitglied des Provisorischen Landesausschusses 17.7.–15.10.1945

Fünf Klassen Gymnasium in Sopron, Militärdienst 1914–1918, 1923–1938 und 1945–1948 Bürgermeister, 1931 im Bundesrat, 1931–1934 im Nationalrat, 1934–1938 Mitglied des Ständ. Landtages des Burgenlandes, mit der Wiedererrichtung des Landes Burgenland legte Wimmer sein NÖ Mandat zurück.

ZWETZBACHER, Josef (1874–1942), CSP

Wirtschafts- und Mühlenbesitzer, Stattersdorf bei St. Pölten

Landeshauptmannstellvertreter 1921–1925

Real- und Handelsschule, 1897 Übernahme der elterlichen Mühle, 1920–1925 Bundesrat (1922 Vorsitzender), 1921–1925 Landtagsabgeordneter, Ehrenbürger von mehr als 50 Gemeinden.

ZOBODAT - www.zobodat.at

Zoologisch-Botanische Datenbank/Zoological-Botanical Database

Digitale Literatur/Digital Literature

Zeitschrift/Journal: [Jahrbuch für Landeskunde von Niederösterreich](#)

Jahr/Year: 1998

Band/Volume: [63-64](#)

Autor(en)/Author(s): Bezemek Ernst

Artikel/Article: [Die Mitglieder der Niederösterreichischen Landesregierung in den Jahren 1918 bis 1997 155-183](#)